

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Zentrum für gesellschaftliche Innovation (ZEGI)
Fakultät Verkehr-Sport-Tourismus-Medien



Prozessevaluierung zum 1. Kommunalen Handlungsplan
Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel

Datum: 23.12.2021

Name: Prof. Dr. Andreas Jain
Dipl.- Kffr. Melanie Krause
Adina Küchler-Hendricks M.A.
Unter Mitarbeit von Annalena Niemand

Kontaktdaten: Zentrum für gesellschaftliche Innovation (ZEGI)
Fakultät Verkehr-Sport-Tourismus-Medien
Karl- Scharfenberg- Str. 55-57
38229 Salzgitter

Gefördert durch: Stiftung Zukunftsfonds Asse

I Inhaltsverzeichnis

I	Inhaltsverzeichnis	I
II	Abbildungsverzeichnis	3
III	Tabellenverzeichnis	4
IV	Abkürzungsverzeichnis	5
V	Danksagung	6
VI	Vorwort	7
VII	Vorwort in Anlehnung an Leichte Sprache	9
1	Inklusion	10
2	Das Instrument der Bürger:innenbeteiligung	15
2.1	Das Instrument der Bürger:innenbeteiligung – Eine Einführung	15
2.2	Partizipative Formate als Teil des aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskurses	15
2.3	Dialogorientierte Beteiligungverfahren zur Inklusion	16
3	Methodisches Vorgehen der Evaluationsanalyse	18
3.1	Projektkontext	18
3.2	Methodologie	19
3.3	Erhebungskontext und Stichprobe	20
3.4	Messinstrumente	21
4	Evaluationsanalyse Kommunalen Handlungsplan Inklusion	23
4.1	Quantitative Analyse	23
4.2	Qualitative Analyse	23
4.2.1	Beteiligung zu Inklusion	25
4.2.2	Was ist Inklusion?	28
4.2.3	Regionales Inklusionskonzept	29
4.2.3.1	Steuerungsgruppe	29
4.2.3.2	Koordination	30
4.2.3.3	Digitalisierung	30

4.2.3.4	Konferenz.....	30
4.2.4	berufliche Herausforderungen.....	31
4.2.4.1	Barrierefreiheit.....	31
4.2.4.2	fehlende Informationen.....	32
4.2.4.3	Klientel.....	32
4.2.5	Notwendige Ressourcen.....	32
4.2.6	Reaktionen zum Handlungsplan und Fachtag Inklusion.....	33
4.2.7	Kooperationen.....	34
5	SWOT-Analyse und Handlungsempfehlungen.....	35
5.1	SWOT-Analyse.....	35
5.2	Handlungsempfehlungen.....	35
6	Fazit.....	41
7	Literaturverzeichnis.....	42
VIII	Anhang.....	45
VIII.I	Gesprächsleitfaden für Schlüsselinterviews mit den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung („Expert:innen“).....	45
VIII.II	Befragung zur Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel.....	47
VIII.III	Fragebogen zur Umsetzung von Inklusion in den (Samt-)Gemeinden des Landkreises Wolfenbüttel.....	55
VIII.IV	Ergebnisse zur Befragung zur Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel.....	62

II Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grafische Darstellung von Inklusion (in Anlehnung an Aktion Mensch, 2011) ..	12
Abbildung 2: Grafische Darstellung von Integration (in Anlehnung an Aktion Mensch, 2011)	12
Abbildung 3: Smarte Ziele (Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, 2011, S. 138)	13
Abbildung 4: Projektschritte (eigene Darstellung)	19
Abbildung 5: Soziodemografische Angaben zum Beruf	21

III Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kategoriensystem zur Evaluation Inklusion.....	24
Tabelle 2: SWOT-Analyse	35

IV Abkürzungsverzeichnis

EUTB	Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
KiTa	Kindertagesstätte
MSD	Mobiler Sonderpädagogischer Dienst
UN-BRK	UN-Behindertenrechtskonvention
WfbM	Werkstatt für behinderte Menschen
ZEGI	Zentrum für gesellschaftliche Innovation

V Danksagung

Unser Dank gilt allen Personen im Landkreis Wolfenbüttel, die an den Erhebungsschritten, die dieser Prozessevaluierung zugrunde liegen, teilgenommen haben. Im Besonderen bedanken wir uns bei allen Expert:innen, die an den Interviews teilgenommen haben und ihr berufliches Wissen sowie ihre persönliche Einschätzung in diese eingebracht haben.

Wir bedanken uns für informative und konstruktive Gespräche mit unseren Ansprechpartnerinnen Frau Tanja Heintzen, Frau Katrin Palm und Frau Sabine Kanter-Kerseboom im Dezernat für Schule, Jugend und Soziales im Landkreis Wolfenbüttel.

Frau Imke Achilles danken wir für die Unterstützung, Planung und Konzeption in der ersten Projektphase.

Der Asse-Stiftung danken wir für die Möglichkeit der Realisierung dieser Prozessevaluierung durch ihre Förderung.

Ganz besonders bedanken möchten wir uns bei Herrn Bernd Retzki, Dezernent für Schule, Jugend und Soziales im Landkreis Wolfenbüttel, für die gute Zusammenarbeit, Koordination und Beratung über die gesamte Projektlaufzeit hinweg.

VI Vorwort

Der vorliegende Bericht zur Prozessevaluierung zum 1. Kommunalen Handlungsplan Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel dient dazu, Erläuterungen festzuhalten, die sich unter anderem mit der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen des Kommunalen Handlungsplans Inklusion und den Möglichkeiten der Zielgruppe, das Thema Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel lebendig zu gestalten, beschäftigen. Zum anderen soll die Frage beantwortet werden, welche dauerhaften Strukturen implementiert werden müssen.

Inklusion ist ein allgemeines Menschenrecht und bedeutet, dass jeder Mensch das Recht hat, an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben, unabhängig von Sprache, Herkunft, Aussehen, Alter, Religion oder anderen individuellen Merkmalen. Jeder Mensch ist im gleichen Maße akzeptiert und kann so einen wertvollen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die gesamte Gesellschaft Strukturen für einen inklusiven Lebensrespektive Sozialraum implementiert und dementsprechend offen für neue Ideen und Handlungen ist.

Der Landkreis Wolfenbüttel hat zum Thema Inklusion im Juli 2020 den 1. Kommunalen Handlungsplan verabschiedet. Zu den Handlungsfeldern zählen hierbei Inklusive Verwaltung, Bildung/Freizeit/Integration, Gemeinschaft/Familie/Senioren, Arbeit, Beteiligung/Kommunikation/Netzwerke sowie Wohnen mit den Querschnittsthemen Mobilität und Barrierefreiheit. In diesen genannten Handlungsfeldern soll mit dem 1. Kommunalen Handlungsplan die inklusive Entwicklung im Landkreis begonnen werden.

Die Erstellung eines Handlungsplanes war ein wichtiger, vorbereitender Schritt, allerdings erschwert die Abstraktheit und Generalität der Maßnahmen den (Samt-)Gemeinden die Umsetzung, sodass umfassende Handlungsempfehlungen, eine fortlaufende Prozessevaluierung sowie eine Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen, erforderlich sind.

Das Zentrum für gesellschaftliche Innovation (ZEGI) hat sich als konkretes Veränderungsziel gesetzt, den erstellten Kommunalen Handlungsplan des Landkreises Wolfenbüttel auf der operativen Ebene zu präzisieren und im Zuge dessen die Umsetzung der Maßnahmen für die beteiligten Kommunen des Landkreises zu ermöglichen.

Als konkretes Ergebnis sollen die im Landkreis Wolfenbüttel lebenden Personen einen barrierefreien Zugang zu Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben erlangen.

Das ZEGI stellt den kommunalen Vertreter:innen hiermit einen Bericht zur Verfügung, in welchem die Handlungsempfehlungen und Umsetzungshilfen auf die unterschiedlichen Akteur:innen und Zielgruppen zugeschnitten sind. Dieser Evaluationsbericht gibt überdies Auskunft darüber, wie sich die Bürger:innen am Entwicklungsprozess des Kommunalen Handlungsplans Inklusion beteiligt fühlen und ihre eingebrachten Ideen wiederfinden können. Grundlage dafür ist ein partizipatives Forschungsvorgehen. Bevor dieses in Methode und Methodologie sowie deren Ergebnisse beschrieben werden, wird im Folgenden zunächst auf Inklusion im Allgemeinen sowie Beteiligungsprozesse eingegangen.

VII Vorwort in Anlehnung an Leichte Sprache

Was ist Inklusion? Auf diese Frage gibt es viele Antworten.

Eine Antwort steht in einem Gesetz.

Das Gesetz heißt Übereinkommen über die Rechte für Menschen mit Behinderung.

Alle Länder müssen sich an das Gesetz halten.

Das Gesetz sagt, dass alle Menschen zusammen an einem Ort leben. Manche von den Menschen haben eine Behinderung. Und manche von den Menschen haben keine Behinderung.

Der Land-kreis Wolfenbüttel hat einen Plan gemacht, wie Menschen mit und ohne Behinderung zusammen leben.

Der Land-kreis sagt: Menschen mit Behinderung sollen überall mitmachen und dabei sein.

Wir, Menschen von der Ostfalia Hochschule, haben gesagt: Dabei helfen wir dem Land-kreis.

Wir haben viele Texte gelesen. Darin steht, wie alle zusammen leben können.

Nachdem wir die Texte gelesen haben, haben wir mit Bürger:innen mit und ohne Behinderung gesprochen.

Bürger:innen sind Menschen, die bestimmte Rechte und Pflichten haben.

Wir haben die Bürger:innen gefragt:

- wie wohnt ihr zusammen?
- wie arbeitet ihr zusammen?
- was wollt ihr zusammen machen?

Wir haben die Antworten dazu aufgeschrieben und darüber nachgedacht. Im Text sind alle Antworten und unsere Gedanken aufgeschrieben.

1 Inklusion

Inklusion ist ein Begriff, der gerade in den letzten fünf bis zehn Jahren viel benutzt, aber in seiner Vielschichtigkeit wenig geklärt wurde. Während Inklusion im Blickwinkel der in Deutschland 2009 ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention aus einem neuen Verständnis von Behinderung resultiert (Degener, 2009), gibt es auch Kritiker:innen, die unter Inklusion eine verbesserte Integration verstehen (z.B. Sander, 2004) und das Ziel des Inklusionsgedankens gar als „Utopie“ (Speck, 2010, S. 71). In dieser Evaluation wird davon ausgegangen, dass sich Integration auf die Eingliederung von „Menschen, die bislang nicht an gesellschaftlichem Leben teilhatten, in gesellschaftliche Aktivitäten, Angebote und Optionen“ bezieht (siehe Abbildung 2) und im Unterschied dazu Inklusion bedeutet, dass in einer vielfältigen Gemeinschaft aller jeder bedingungslos einbezogen ist (siehe Abbildung 1) (Bentele, 2013, S. 14). Der Landkreis Wolfenbüttel legt dafür ein weites Inklusionsverständnis zugrunde, dem sich die Autor:innen der Evaluation anschließen. Ein weites Inklusionsverständnis schließt alle Bürger:innen mit Behinderung, Migrationshintergrund und/ oder Fluchtbiographie sowie unterschiedlicher Religion oder unterschiedlichen Geschlechts und anderen individuellen Merkmalen ein. Es geht um alle sogenannten marginalisierten, das heißt benachteiligten Gruppen, die einen Bedarf hinsichtlich Förderung und Unterstützung haben. Dieses Verständnis wirft die Frage auf, welche Selektions- oder sogar Exklusionskriterien dazu geführt haben, dass Menschen gegenüber ihren Mitmenschen an der gleichberechtigten Teilhabe gehindert werden oder warum sie die Gesellschaft als ‚anders‘ stigmatisiert. Dafür lohnt sich ein Blick auf den Umgang mit Menschen mit Behinderung, deren Geschichte so alt ist wie die Menschheit selbst.

Lange galten Menschen mit Behinderung als bildungsunfähig und lebensunwert. Sie wurden verfolgt, psychiatrisiert und während des zweiten Weltkrieges verwahrt und vernichtet. Bis heute sind die Einstellungen und sozialen Reaktionen gegenüber Menschen mit Behinderung häufig von Vorurteilen bestimmt. Viele Menschen wollen mit Menschen mit Behinderung nichts zu tun haben und nicht mit ihnen in Verbindung gebracht werden (Cloerkes, 2007; Markowetz, 2011). Dass Menschen ohne Behinderung zunächst eine bestimmte innere Einstellung Menschen mit Behinderung gegenüber haben, ist dabei nicht nur historisch zu erklären. In der Psychologie wird anhand des Halo-Effekts veranschaulicht, dass Menschen automatisch von bekannten Eigenschaften einer Person auf unbekannte Eigenschaften schließen (Oh, Shafir & Todorov, 2020). Beispielsweise schreiben wir im direkten Vergleich einer körperlich größeren Person mehr (z. B. beruflichen) Erfolg zu als einer körperlich kleineren Person, auch wenn sich beide Personen in ihren äußeren Merkmalen inklusive ihrer Kleidung nicht

unterscheiden (Oh et al., 2020). Auch von Lehrkräften überschätzte Schüler:innen sollen aufgrund des Halo-Effekts bessere Leistungen als unterschätzte Schüler:innen erbringen (Urhahne, Timm, Zhu & Tang, 2013). Sehen wir Menschen mit Behinderung, vor allem diejenigen, deren Beeinträchtigung aufgrund äußerer Erscheinungsmerkmale ersichtlich ist, lässt sich mit dem Halo-Effekt erklären, dass wir dem von der vermeintlichen Norm abweichenden äußeren Erscheinungsbild eine Andersheit zuschreiben. Inklusion zielt darauf, diese Andersheit als Resource zu konnotieren und „Vielfalt als ‚Normalfall‘“ zu betrachten (Bintinger & Wilhelm, 2001, S. 45). Eine „inklusive Gesellschaft“ kann aber nur dann „gedeihen“, wenn ebenso alle anderen Menschen (Menschen ohne Behinderung) „ein entsprechendes Bewusstsein, eine positive innere Einstellung behinderten Menschen gegenüber entwickelt haben“ (Schwalb & Theunissen, 2018, S. 8).

In der Soziologie beschreibt Inklusion diese positive Einstellung in Form von gleichberechtigter, chancengleicher und selbstbestimmter Beteiligung sowie das damit verbundene barrierefreie, unabhängige und diskriminierungsfreie Handeln der Menschen auf Augenhöhe.

Auf kommunaler Ebene kann zur Entwicklung und Analyse von Beteiligung das von Tomaševski (2004) ursprünglich für inklusive Schulentwicklungsprozesse entwickelte Analyse- und Steuerungsinstrument herangezogen werden. Es orientiert sich an den folgenden vier Strukturelementen, die aus dem Sozialpakt der Vereinten Nationen (ICESCR) als das „4A-Schema“ bekannt sind:

- Availability
- Accessibility
- Acceptability
- Adaptability

Das Strukturelement *Availability* als Verfügbarkeit von Beteiligungsangeboten sowie das Strukturelement *Accessibility* als barrierefreie Verfügbarkeit dieser Angebote beschreiben zusammen die Zugangswege für Menschen mit Behinderung und anderen individuellen Merkmalen, die in der Gesellschaft zu Benachteiligungen führen. Über die *Acceptability* lässt sich die Intensität der Beteiligung messen, während die *Adaptability* die gesellschaftliche beziehungsweise kommunale Veränderungsbereitschaft beschreibt, die barrierefreie Verfügbarkeit zu erhöhen. Instrumente wie der *Kommunale Index für Inklusion* (Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, 2011) können dabei helfen, auf den Ebenen *öffentlicher Organisationen* und *Vernetzung* gemeinsam „Strategien zum Abbau von Barrieren“ zu entwickeln und mit anderen Organisationen zu teilen (S. 26). Der Kommunale Index für Inklusion hat zum Ziel, inklusive

Kulturen, Strukturen und Praktiken zu entwickeln. Dazu ist es hilfreich, Teilschritte zu formulieren, unter anderem dazu, wie sich kurzfristige Ziele definieren lassen (siehe Abbildung 3). Solche Smart-Ziele hat der Landkreis Wolfenbüttel in der Vergangenheit bereits erfolgreich eingesetzt.

Alles in allem setzt der Index indes eine hohe Eigenreflexion aller beteiligten Akteur:innen voraus und versteht die Nutzbarmachung aller in einer Kommune verfügbaren Ressourcen zur Förderung gemeinschaftlichen Handelns als Bildungsprozess - welches Ziel sowohl als Herausforderung, Anspruch und Selbstverständlichkeit zugleich gedacht werden kann.

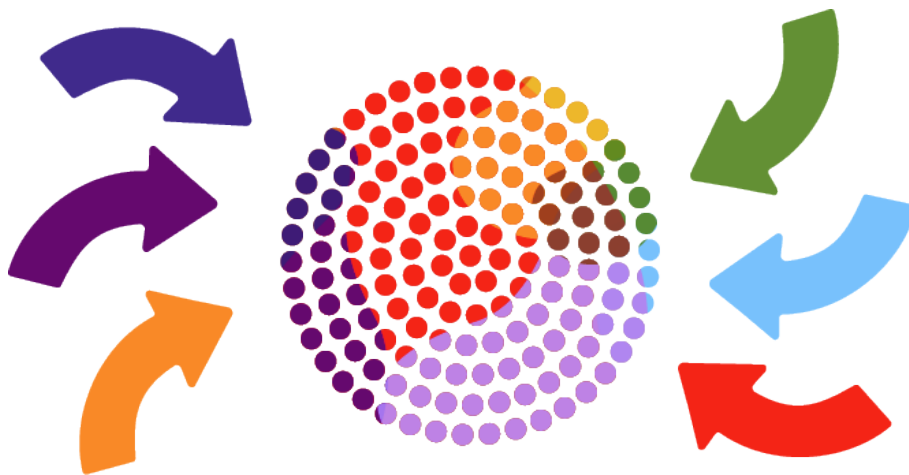


Abbildung 1: Grafische Darstellung von Inklusion (in Anlehnung an Aktion Mensch, 2011)

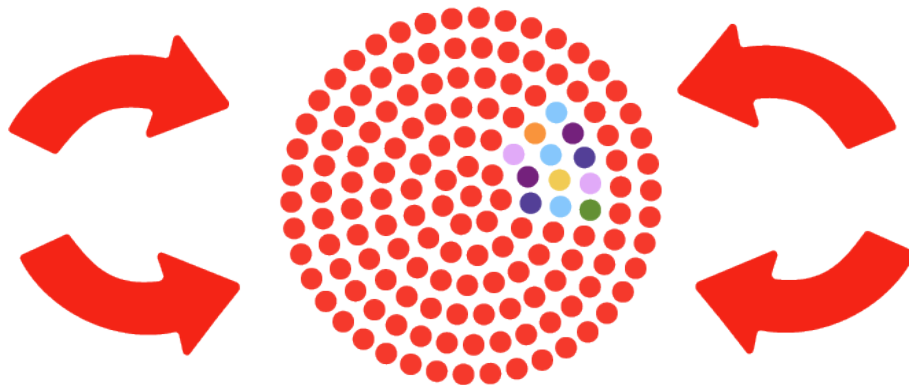


Abbildung 2: Grafische Darstellung von Integration (in Anlehnung an Aktion Mensch, 2011)

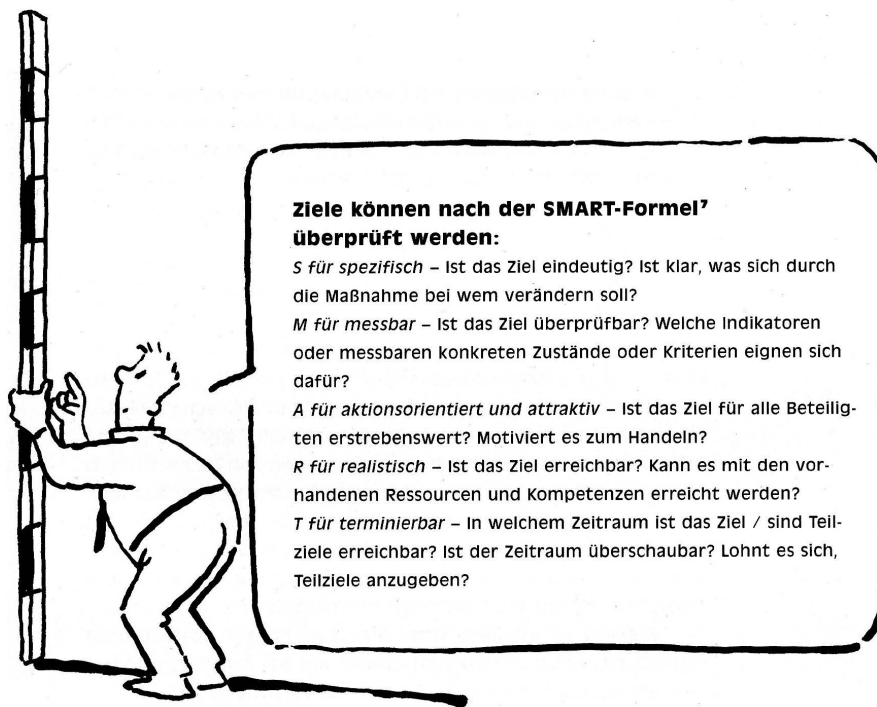


Abbildung 3: Smarte Ziele (Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, 2011, S. 138)

Neben den beschriebenen wirkungsvollen Instrumenten für inklusive Entwicklungsprozesse ist gleichzeitig zu beachten, dass eine der Grundlagen für solche Entwicklungen ist, dass sie nicht verordnet, sondern nur gemeinsam mit allen beteiligten Akteur:innen vorangebracht werden können (z.B. Dalin, 1999). Darin spiegelt sich auch die Nähe zu Ansätzen partizipativer Forschung wider (z.B. Bergold & Thomas, 2020), die an späterer Stelle des Evaluationsberichts noch ausführlich besprochen werden. Das bedeutet: Alle Bürger:innen müssen an gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen beteiligt sein, besonders wichtig ist dabei der Einbezug der Akteur:innen, die bisher nachweislich von Beteiligungsprozessen ausgeschlossen waren.

Dies erfordert multiprofessionelle Zusammenarbeit, die bestenfalls durch eine Steuerungsgruppe koordiniert werden sollte. Der Steuerungsgruppe und ihrem Vorsitz kommen Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Koordination, Kommunikation und Vertretung nach außen zu. Sie trägt Verantwortung für die Umsetzung der vereinbarten SMART-Ziele und die Evaluation der messbaren Ergebnisse dieser Umsetzung. Der Vorsitz der Steuerungsgruppe nimmt Impulse auf, berät, motiviert, schafft Anreize und entwickelt notwendige Fort- und Weiterbildungsangebote.

In der Steuerungsgruppe sollten alle am kommunalen Inklusionsprozess beteiligten (Arbeits-) Gruppen und Professionen durch ein Mitglied vertreten sein. Der Vorsitz kann, aber muss nicht, Teil der Steuergruppe sein. Aus Gründen der Akzeptanz sowie Diskriminierungsfreiheit

sollte jeweils ein Mitglied aus einer besonders benachteiligten Gruppe im Landkreis vertreten sein.

Zu bedenken ist, dass sich in Veränderungsprozessen allgemein immer bestimmte Typen und Rollen identifizieren lassen, die von den beteiligten Personen eingenommen werden. Es wird immer *Initiator:innen* geben, die Ideen entwickeln und sich konsequent einbringen sowie *Bedenkenträger:innen*, die Bewährtes bewahren möchten und vor Neuerungen warnen (z.B. Krebsbach-Gnath, 1992). Auch hier ist das Stichwort Reflexion: Bedenkenträger:innen können beispielsweise verhindern, dass Initiator:innen vorschnell agieren und damit den Erfolg inklusiver Bemühungen mindern.

Inklusion ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe, die mit der UN-Behindertenrechtskonvention zum Menschenrecht und damit zur globalen Norm und einklagbar geworden ist (Powell, 2018). Ziel muss es sein, unter Einbezug von Initiator:innen sowie Bedenkenträger:innen gemeinsame Strukturen, Kulturen und Praxen zu entwickeln, die barrierefreie Beteiligungsangebote für *alle* Bürger:innen im Landkreis schaffen.

2 Das Instrument der Bürger:innenbeteiligung

2.1 Das Instrument der Bürger:innenbeteiligung – Eine Einführung

Bürger:innenbeteiligung umfasst alle Verfahren zur Einbeziehung und Beteiligung der Bevölkerung an der Ausgestaltung des Gemeinwesens und stellt die zentrale Verbindung zwischen Politik und Bürger:innen dar. Unterschieden wird dabei zwischen formalen, d.h. sich unmittelbar durch rechtliche Normen ergebende verpflichtende Beteiligungsverfahren und informelle Verfahren, bei denen ein hohes Maß an Zugewandtheit der staatlichen Institutionen zu den betroffenen Bürger:innen handlungsleitend ist. Bei formellen Beteiligungsverfahren sind Einwände, Stellungnahmen, Bedenken oder Anregungen der Beteiligten (Verbände, Bürger:innen, andere Behörden) an die jeweiligen Vorhabenträger:innen zu übermitteln, die dann im Rahmen einer Abwägung auf die vorgebrachten Stellungnahmen eingehen und deren Relevanz prüfen müssen (Schnatz et al., 2021, S. 1). Wesentlich lösungsorientierter für die Berücksichtigung von Bürger:inneninteressen sind hingegen informelle dialogorientierte Beteiligungsverfahren, da sie individueller auf örtliche Problemlagen zugeschnitten werden können und Bürger:innen die Möglichkeit bieten, sich frühzeitig und mitgestaltend in ein Planungsverfahren einzubinden.

2.2 Partizipative Formate als Teil des aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskurses

Für die Städte, Länder und Kommunen hat die Bürger:innenbeteiligung einen entscheidenden Einfluss auf das gesamte gesellschaftliche System. Die bekanntesten Methoden der Bürger:innenbeteiligung sind:

- Einwohner:innenfragestunden
- Öffentliche Auslegung von Plänen
- Bürger:innenversammlungen
- Bürger:innenkonferenzen
- Bürger:innenforen
- Meditationsverfahren
- Petitionen/ Bürger:innenbegehren
- Planungszelle/Bürger:innengutachten
- Zukunftswerkstätten
- E-Partizipationsverfahren

Für die Bürger:innenbeteiligung ist es entscheidend, die Bevölkerung frühzeitig über die allgemeinen Zwecke und Ziele der regionalen Entwicklung zu unterrichten. Bürger:innen möchten Einblicke in Handlungszwänge und -alternativen gewinnen und verlangen nach Möglichkeiten, die eigenen Interessen zu äußern und zu vertreten (Schnatz et al., 2021, S. 4). Oftmals verursachen ungenügend kommunizierte und erklärte politische Entscheidungen eine Entfremdung von Bürger:innen zu politischen Akteur:innen und führen neben der Nichtdurchsetzbarkeit der beabsichtigten Planung letztendlich zu einem kaum mehr steuerbaren Vertrauensverlust in demokratische Institutionen.

Bürger:innen wollen als bedeutsamer Teil des demokratischen Willensbildungsprozesses wahrgenommen und anerkannt werden, zumal die Bürger:innen in der Regel auch diejenigen sind, die unmittelbar von den getroffenen Entscheidungen betroffen sind. Staatliche Institutionen sind daher gehalten, Probleme und Bedürfnisse der Bürger:innen frühzeitig zu erkennen und durch frühzeitige und ernstgemeinte Beteiligungsverfahren Lösungen zielgruppengerecht, d.h. unter direkter Einbindung der Betroffenen, umzusetzen.

2.3 Dialogorientierte Beteiligungsverfahren zur Inklusion

Bundesweite Beispiele zur Umsetzung von Inklusionsplänen zeigen auf, dass die alleinige Erstellung eines Handlungsplans nicht zielführend ist und eine Begleitung, Evaluierung und Konkretisierung die Chancen auf Umsetzung erheblich steigert. Unstrittig ist auch, dass fehlende Beteiligungsverfahren bei allen staatlichen Interventionen die Akzeptanz der gewünschten Maßnahmen negativ beeinflussen bzw. deren Umsetzung auch weitgehend verhindern können.

In den im Rahmen des Projektes angestrebten deliberativen, d.h. dialogorientierten Verfahren werden Bürger:innen, zivilgesellschaftliche Akteure und Entscheidungsträger:innen hingegen frühzeitig im politischen Umsetzungsprozess zusammengebracht. Die angestrebten deliberativen Beteiligungsverfahren können gerade auch bei komplexen Themen, wie zum Beispiel Inklusion, qualitativ hochwertige Ergebnisse liefern und Debatten in der breiteren Öffentlichkeit anstoßen (z.B. Powell & Kleinman, 2008). Darüber hinaus wird diesen Verfahren das Potenzial zugeschrieben, den Beteiligten demokratische Prinzipien nahezubringen, bürgerschaftliche Kompetenzen zu fördern und das oft unterschätzte Wissen der Bürger:innen und ihre Anliegen in den politischen Prozess einzubeziehen (vgl. Sintomer, 2007; Blondiaux, 2008). Letztendliches Ziel soll es sein, durch umfangreiche Beteiligungsverfahren, den Kommunalen Handlungsplan so auf die Bedürfnisse der lokalen Beteiligten zuzuschneiden, dass der

übergeordnete Plan die Bedürfnisse der beteiligten Akteure in hohem Maß widerspiegelt und fortlaufend aktualisiert und umgesetzt werden kann.

3 Methodisches Vorgehen der Evaluationsanalyse

3.1 Projektkontext

Der Landkreis Wolfenbüttel hat im Juli 2020 den 1. Kommunalen Handlungsplan verabschiedet. In diesem Handlungsplan sind *Wunschbild*, *mittelfristige Ziele* und *Maßnahmen* für die ursprünglichen Handlungsfelder Inklusive Verwaltung, Bildung/Freizeit/Integration, Gemeinschaft/Familie/Senioren, Beteiligung/Kommunikation/Netzwerke, Mobilität und Barrierefreiheit sowie Arbeit und Wohnen definiert. Der Landkreis hat für die Weiterarbeit mit dem und am Handlungsplan die fünf Handlungsfelder

- 1) Inklusive Verwaltung,
- 2) Bildung/Freizeit/Integration,
- 3) Gemeinschaft/Familie/Senioren,
- 4) Arbeit und
- 5) Wohnen

und Beteiligung/Kommunikation/Netzwerke sowie Mobilität und Barrierefreiheit als Querschnittsthemen definiert.

Das ZEGI wurde damit beauftragt, zu evaluieren, wie die empfohlenen Maßnahmen des Kommunalen Handlungsplans Inklusion konkret umgesetzt werden können, welche Möglichkeiten die Zielgruppe hat, um Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel lebendig werden zu lassen und welche dauerhaften Strukturen implementiert werden müssen. Das Veränderungsziel des Projekts besteht in der Konkretisierung des Kommunalen Handlungsplans auf der operativen Ebene, um die Umsetzung der Maßnahmen für die beteiligten Kommunen des Landkreises Wolfenbüttel zu ermöglichen. Für die im Landkreis befindlichen Personen soll damit der barrierefreie Zugang zu Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben erreicht werden. Das Projekt gliedert sich in folgende Projektschritte (siehe Abbildung 4).

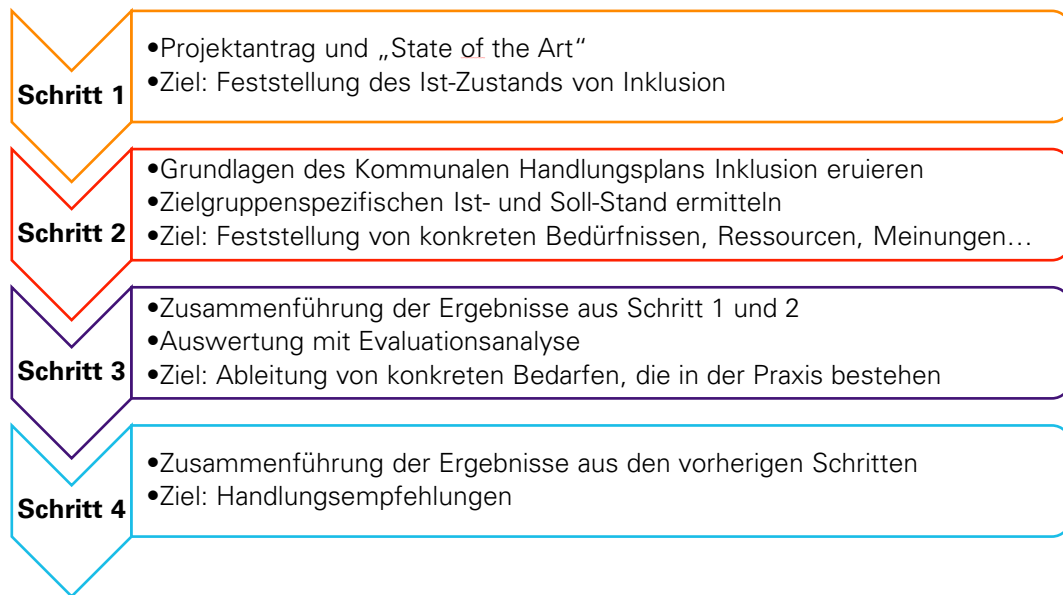


Abbildung 4: Projektschritte (eigene Darstellung)

3.2 Methodologie

Da die vorliegende Prozessevaluierung sowohl quantitativ als auch qualitativ durchgeführt wurde, fällt sie unter die Mixed-Method-Methodologie. Unter Mixed Methods wird üblicherweise die Verknüpfung quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden in einem Untersuchungsdesign verstanden (Kelle, 2014). Der wechselseitige Bezug der beiden Datenarten aufeinander ermöglicht, dass die quantitativ erfassten Resultate mit Begründungen und Beispielen, die über die im Fragebogen vorgegebenen Antwortkategorien hinausgehen, untermauert werden können (Cohen, Manion & Morrison, 2018). Ferner dienen die qualitativ erhobenen Expert:inneninterviews dazu, neue Zusammenhänge aufzudecken (Mayring, 2015).

Zur Gewährleistung einer umfassenden und differenzierten Sichtweise auf die inklusive Arbeit im Landkreis Wolfenbüttel wurden die bedeutendsten Akteur:innen inklusiver Entwicklungen im Landkreis Wolfenbüttel im Rahmen einer qualitativen Erhebung befragt. Diese Evaluation leistet damit dem Grundsatz Partizipativer Forschung Folge, dass Forschung zusammen mit den Informant:innen und nicht über sie stattfinden soll (Bergold & Thomas, 2020). Die Informant:innen werden dabei als Expert:innen für Veränderung definiert (Unger, 2014). In der partizipativen Forschung geht es darum, den Blickwinkel derer aufzudecken, die Veränderung durch Handeln aktiv herbeiführen und umsetzen (Unger, 2014). Auch der zentrale Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention *Nichts ohne uns über uns*, der auf Beteiligung als primäres Ziel von Inklusion verweist, lässt keine Zweifel am partizipativen Forschungsansatz für diese Datenerhebung. Partizipative Forschung ist mit dem Ziel eines gemeinsamen Erkennt-

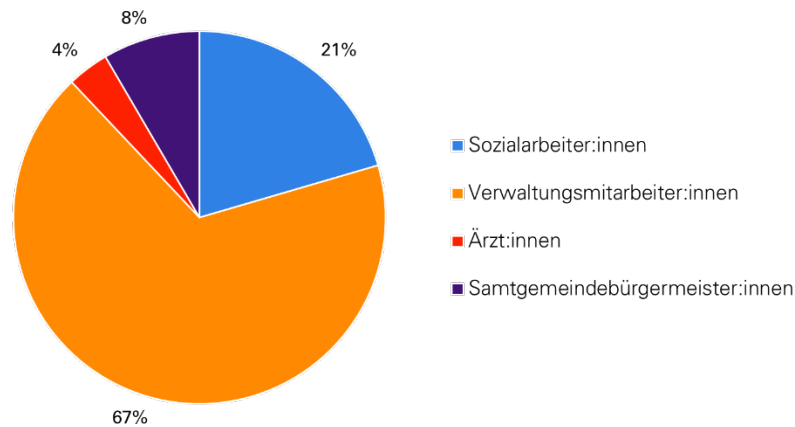


Abbildung 5: Soziodemografische Angaben zum Beruf

Von Juli bis September 2021 wurden die Expert:inneninterviews online und offline durchgeführt. Befragt wurden neun Personen aus Politik, Verwaltung, Behindertenhilfe, Wohlfahrtsverbänden sowie Vereinen über notwendige Maßnahmen, benötigte Ressourcen sowie hilfreiche Kooperationen.

3.4 Messinstrumente

Die Fragen der Online-Umfrage thematisieren im Wesentlichen den derzeitigen Arbeitsalltag der befragten Personen hinsichtlich Inklusion und Diversität sowie diesbezügliche Kenntnisse, individuelle Einschätzungen und Haltungen. Das Antwortformat besteht dabei vor allem aus Multiple-Choice-Fragen und ist likert-skaliert; wenige Fragen haben ein offenes Beantwortungsformat (z.B. „Damit Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel gelingt braucht es...?“).

Der Online-Fragebogen setzt sich aus Fragen zu soziodemografischen Angaben (1), bereits bestehenden, etablierten Messinstrumenten, die adaptiert wurden (2) sowie selbstentwickelten Messinstrumenten (3) zusammen.

(1) Soziodemografische Angaben

Die demografischen Angaben umfassen Fragen zu Geschlecht, Alter, Beruf sowie Berufserfahrung.

(2) Adaption etablierter Messinstrumente

Das Messinstrument *Einstellungen zur Integration* (EZI) von Kunz et al. (2010) erfasst im Original die Einstellungen von Lehrkräften gegenüber schulischer Integration beziehungsweise Inklusion. Die insgesamt elf Items bilden die zwei Unterskalen *Schulische Förderung und Unterstützung* sowie *Soziale Integration* mit einem Rating von „5 = stimmt ganz

genau“ bis „1 = stimmt gar nicht“ ab. Für die vorliegende Online-Umfrage wird die Schulische Förderung als *Institutionelle Förderung* verstanden und es geht um Menschen im Allgemeinen, nicht speziell in ihrer Rolle als Schüler:innen. Es werden keine Subskalen gebildet.

(3) Selbstentwickelte Messinstrumente

Zu Beginn der Online-Umfrage werden Erfahrungen, die konkret im Zusammenhang mit dem Kommunalen Handlungsplan und dessen Verbreitung durch den Dezernenten für Schule, Jugend und Soziales stehen, erfragt.

Speziell für die (beruflichen) Erfahrungen mit Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel werden schließlich Evaluationsfragen, die aus dem Kommunalen Index für Inklusion (Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, 2011) adaptiert sind, gestellt.

Für die qualitative Erhebung im Rahmen des vorliegenden Mixed-Methods-Ansatzes wurde als Instrument das Leitfadeninterview gewählt. Ein Leitfadeninterview ist durch offene Frageformulierungen charakterisiert, die dem Interview gleichzeitig eine richtungsweisende Struktur geben (Lamnek, 2005). Das Framing der Projektleitung bei der Entwicklung der Leitfragen war in dieser Erhebung davon bestimmt, dass unter anderem die Daten aus der quantitativen Erhebung validiert werden sollten. Dazu mussten die Themen aus derselben von den Interviewer:innen explizit eingeführt werden (Helfferich, 2011). Der Leitfaden für die Interviews folgt daher der Logik der Fragen aus der Online-Befragung.

Ausgewertet wurden die quantitativen Daten deskriptiv und die qualitativen Daten inhaltsanalytisch nach Mayring (z.B. 2015).

4 Evaluationsanalyse Kommunalen Handlungsplan Inklusion

4.1 Quantitative Analyse

Im Folgenden werden nennenswerte Ergebnisse der quantitativen Analyse dargestellt. Eine grafische Übersicht befindet sich im Anhang dieses Berichts (siehe S. 62).

Insgesamt ist aus den Freifeldeinträgen hervorzuheben, dass sich die (Samt-)Gemeinden vom Landkreis wünschen, dass er ihnen in der Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen auf Nachfrage beratend zur Verfügung steht.

Ferner ist positiv hervorzuheben, dass die befragten Personen den Aussagen eher zustimmen und maximal mit „teils, teils“-Zustimmung antworten.

Die Befragten geben im Mittel an, dass die Umsetzung des 1. Kommunalen Handlungsplans Inklusion zum Verständnis des Inhalts beiträgt. Die befragten Personen geben an, dass für sie die Ziele des Handlungsplan deutlich sind und sie selbst wichtige Sachverhalte zum Thema Inklusion wiedergeben können. Lediglich ein Freifeldeintrag verweist auf die Notwendigkeit der Konkretisierung der Ziele aus dem Handlungsplan.

Die befragten Personen stimmen mehrheitlich zu, dass Inklusion möglich ist und gemeinsame Aktivitäten von Menschen mit und ohne Behinderung zu mehr selbstbestimmter Teilhabe von Menschen mit Behinderung führen.

Wenn es jedoch um die konkrete Umsetzung von Inklusion in der Kommune geht, antworten die Befragten verhältnismäßig indifferent. Hervorzuheben ist einerseits, dass es eine breite Zustimmung dafür gibt, dass Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche vorhanden sowie Ansprechpartner:innen, Durchwahlnummern und E-Mail-Adressen wichtiger Anlaufstellen öffentlich zugänglich sind.

Andererseits gibt es eine verhältnismäßig geringe Zustimmung für Barrierefreiheit. Dies betrifft vor allem die Bereiche Verkehr, Kultur sowie politische Bildung.

Die nachstehend qualitative Analyse spezifiziert unter anderem auch den Mangel an Barrierefreiheit.

4.2 Qualitative Analyse

Nachfolgend geht es um die qualitative Analyse. Das hauptsächlich deduktiv gebildete Kategoriensystem mit induktiven Anpassungen umfasst insgesamt 201 Nennungen in sieben Kategorien, die nachfolgend erläutert werden.

Tabelle 1: Kategoriensystem zur Evaluation Inklusion

Liste der Codes	Häufigkeit
Codesystem - Gesamt	201
Beteiligung zu Inklusion	47
Was ist Inklusion?	31
Regionales Inklusionskonzept	
Steuerungsgruppe	14
Koordination	8
Digitalisierung	4
Konferenz	3
berufliche Herausforderungen	
Barrierefreiheit	17
fehlende Informationen	7
Klientel	2
Notwendige Ressourcen	18
Reaktionen zum Handlungsplan und Fachtag Inklusion	13
Kooperationen	
Behindertenbeiräte	7
Wohlfahrtsverbände	6
Jugendamt	4
Bundesagentur für Arbeit	3
Einrichtungen der Behindertenhilfe	3
Jobcenter	3
Sozialamt	1
Gesundheitsamt	1
Integrationsfirmen	1

WfbM	1
Vereine für Arbeit mit geflüchteten Menschen	1
Wohnungsbaugenossenschaften	1
MSD	1
Regionales Landesamt für Schule und Bildung	2
EUTB	1
Kindergarten/ KiTa	1

4.2.1 Beteiligung zu Inklusion

„...aber da war ganz ganz wenig an Bürgerbeteiligung allgemein aus Wolfenbüttel“ (B3, # 23).

Unter *Beteiligung zu Inklusion* sind alle Nennungen kodiert, die das Thema Beteiligung im Kontext von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel thematisieren. Alle befragten Personen betonen die Wichtigkeit, dass sich alle Bürger:innen des Landkreises Wolfenbüttel selbstbestimmt an (Entscheidungs-)Prozessen beteiligen können. Der 1. Fachtag Inklusion mit einem offenen Aufruf zur Beteiligung wird dabei positiv hervorgehoben. Ein *Informationszentrum* in der Lindenhalle wird als Beispiel genannt, Bürger:innen zum Thema Inklusion zu informieren und um vor Ort die Möglichkeit anbieten zu können, sich für Arbeitskreise anzumelden. Es ginge darum, alle Bürger:innen zu identifizieren, die sich beteiligen wollen. Herausfordernd seien dabei die Menschen „für die Inklusion nicht im Bewusstsein ist“ (B1, #47). Die befragten Personen stellen heraus, dass es schwierig sei, Menschen mit Behinderung für vermeintlich partizipative Angebote zu gewinnen. Außerdem seien Menschen mit Behinderung zu wenig „in den politischen Gremien wie Stadträte, Gemeinderäte oder in den Funktionen Bürgermeister:innen usw.“ vertreten (B2, #20). Es müssten sich die Fragen gestellt werden

„Wie sind Menschen mit Behinderung vertreten? Wie sind Menschen mit geringerem Einkommen vertreten? Haben die überhaupt ihre politische Vertretung? Wie ist es mit Menschen mit Migrationshintergrund?“ (B2, #20).

Es sei bedauerlich, „dass im Rahmen Inklusion wirklich die Thematik von anderen angesprochen wird, statt von Behinderten selbst, die sozusagen selbst die Kultur und auch das Wissen verfügen“ (B7, #10).

Das Problem sei die mangelnde Barrierefreiheit. Diese sei vor allem im Rahmen politischer Bildung und Beteiligung schwierig umzusetzen, die Angebote müssten stärker auf die Voraussetzungen für bestimmte (Sinnes-)Beeinträchtigungen zugeschnitten sein. Damit „alle Menschen, die in Deutschland leben, die gleichen politischen Rechte haben“ (B2, #24) müssten nicht nur Gesetze, sondern Möglichkeiten zur Mitbestimmung verändert und geschaffen werden. Lösung dafür sei,

„möglichst viele Menschen in politische Grundsätze einzubinden, das ist glaub ich ein wichtiger Weg, der hoffentlich auch immer mehr gegangen wird. Das würde ich mir versprechen, dass Netzwerke geknüpft werden und einiges was diskutiert wurde auch umgesetzt wird. Da muss man wahrscheinlich auch Geduld haben“ (B2, #26).

Zum Netzwerken zähle, „dass man lernen muss die Sichtweise von anderen zu akzeptieren, wahrzunehmen, die Meinungen überhaupt stehen zu lassen“ (B2, #39).

Als ein Beispiel zu mehr (politischer) Beteiligung von Menschen mit Behinderung wird die Bürger:innenvertretung als das Mitbestimmungsgremium im Wohnen und Betreuen von Menschen mit Behinderung genannt. Die Bürger:innenvertretung ist „die Stelle, die auch Inklusion prüft in der Einrichtung. Also wie weit wird man eigentlich mitgedacht und beteiligt und die auch immer wieder Beteiligung einfordert“ (B3, #10):

„die Zielgruppe kann immer am besten sagen, was sie möchte zum einen und wie es am einfachsten zu erreichen wäre, dass da ja auch alle hinkommen. Das bringt ja nichts, wenn man jetzt was plant, was Theoretisches und am Ende sind dann wieder die Leute nicht da, die wir eigentlich haben wollen“ (B3, #21).

Als ein weiterer Lösungsvorschlag wird eine „Inklusionsassistentz“ für Veranstaltungen benannt:

„Also man müsste eigentlich aus den verschiedenen Behinderteneinrichtungen eine Gruppe finden und die wird von jemanden Externe, also muss nicht von der [Organisation der Behindertenhilfe] sein, sondern dass man sagt man findet jemanden, der so Leute begleitet. Vielleicht könnte man das Inklusionsassistentz nennen. Inklusionsassistentz insofern, dass Menschen mit Beeinträchtigung, auch geistiger Beeinträchtigung diesen Prozess beiwohnen können“ (B8, #20).

Beteiligung könne auch über eine Quote erzwungen werden, zum Beispiel in der Einstellung von Arbeitnehmer:innen mit Schwerbehinderung im Landkreis.

Menschen mit Beeinträchtigungen im Lernen oder mit Sinnesbeeinträchtigungen bräuchten auch ohne Assistentz und Quote eine Unterstützung, sich beteiligen zu können, zum Beispiel

die Verwendung der Leichten Sprache, langsames Sprechen und/ oder Gebärdensprachdolmetscher:innen. Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob Online-Formate mehr oder weniger Beteiligung ermöglichen. Zum einen seien Menschen mit Behinderung, gegebenenfalls mit Assistenz, in Online-Veranstaltungen „sprachfähiger“ (B3, #27). Zum anderen hätten viele Bürger:innen mit und ohne Behinderung gar keinen Internetzugang und eine Online-Veranstaltung wäre eine zusätzliche Barriere.

Als eine weitere wichtige Form der Beteiligung wird ehrenamtliches Engagement gesehen, zum Beispiel für ältere Menschen im Landkreis. Es wird der Wunsch geäußert, „Gemeindefrauen“ (B5, #33) einzusetzen, um Beteiligung in den (Samt-)Gemeinden zu fördern. Stadtteilbezogene Angebote sollen kommuniziert und stadtteilspezifische Angebote offeriert werden, gegebenenfalls unter Einbezug der Wohnungsbaugenossenschaften. Als eine Möglichkeit dafür wird benannt, Workshops in den einzelnen (Samt-)Gemeinden anzubieten. Es bräuchte mehr Sensibilisierung und Aufklärung, damit sich möglichst viele Bürger:innen an inklusiven Prozessen im Landkreis beteiligen. Bürger:innen zur Beteiligung zu animieren, funktionieren bisher vor allem über die örtliche Tagespresse:

„Also von daher ist Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig, dass man da präsentiert, was man so macht und tut in der Bürgerschaft. Viel Mundpropaganda und dass alle Leute möglichst bedacht werden und teilnehmen können“ (B5, #53).

Bürger:innenbeteiligung im Landkreis Wolfenbüttel sei „noch ein bisschen unkoordiniert“ (B5, #18). Wichtig sei, alle Akteur:innen zusammenzubringen, die etwas zu Inklusion zu sagen haben. Andererseits sei es wichtig, neben einer „großen Bürger:innenbeteiligung [...] in allen Quartieren und Sozialräumen“ auch kleine „Expert:innenrunden“ zu bilden: „Wir müssen darüber reden und von kleineren Einheiten immer größer werden. Es muss greifbar und konkret sein, um die breite Masse mitzunehmen“ (B5, #20-23).

Insgesamt sollen Beteiligungsprozesse vom Landkreis initiiert werden, wofür „Absprachen, Struktur, Verantwortung“ notwendig seien (B5, #25) - „Dafür braucht man viel Zeit“ (B9, #28). Insgesamt solle eingefordert werden, dass

„Menschen mit Behinderung mit dabei sind und zwar grundsätzlich und dann entwickelt sich das ja auch, dass Menschen kompetenter werden und einbezogen werden. Ich glaube, dass das die Haltung grundsätzlich perspektivisch auch ändert“ (B8, #35).

Dazu bräuchten alle „erstmal jemanden der sagt, wir gucken uns erstmal das Störungsbild an, wir sprechen über die Beeinträchtigung und wir haben auch noch Personal, was einen unterstützt. Dann würde das definitiv besser laufen“ (B9, #37).

4.2.2 Was ist Inklusion?

„Also eigentlich schließt es ja alles mit ein“ (B2, #20).

Von den befragten Personen im Landkreis Wolfenbüttel vertreten alle ein weites Inklusionsverständnis: „Der weite Inklusionsbegriff betrifft ja alle, also Brillenträger:innen, Männer, Frauen etc.“ (B4, #18). Unter die Kategorie *Was ist Inklusion?* fallen alle Nennungen, die Inklusion aus Sicht der Befragten definieren. Einigkeit herrscht darüber, dass Inklusion ein Prozess ist und Geduld braucht. Inklusion im Landkreis bedeutet laut der befragten Personen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchtbiographie, Frauen, Männer und Personen mit drittem Geschlecht Selbstbestimmung zu ermöglichen: „Inklusion heißt ja, die machen das selbst, also die machen das, wie alle anderen auch“ (B2, #47). Inklusion wird ferner mit Gleichberechtigung übersetzt: „Also, dass alle die gleichen Rechte haben und es ihnen auch ermöglicht werden muss, diese auch umzusetzen“ (B2, #48). Schwierig sei, dass Inklusion häufig in Verbindung mit Schule genannt werde, dieser Prozess aber alle gesellschaftlichen (Teil-)Systeme betreffe. Für manche Systeme brauche es daher noch eine stärkere Lobby, fordern Vertreter:innen der Behindertenhilfe. Dabei sei gleichzeitig zu beachten, dass Behinderung nicht mit Inklusion verwechselt werde. Inklusion bedeute nicht, Behinderungen sichtbar werden zu lassen, sondern eine barrierefreie Umwelt zu schaffen, die Behinderungen verhindert. Da sei „noch viel Arbeit und viel Optimierungsbedarf“ (B5, #38). Von der und über die Verwaltung wird bemängelt, dass Informationen für mehr Inklusion nicht „bürger:innenfreundlich“ (B5, #38) geschrieben seien. Außerdem fehle häufig das Zutrauen in Menschen mit Behinderung:

„Es ist nicht so, dass das eigentlich keiner will, aber die Entscheidungsträger:innen in den bewegenden Behörden und in der Verwaltung, den fehlt die Fantasie und den Mut das zu machen und ihnen fehlt das Zutrauen Menschen etwas zuzutrauen. Ich weiß jetzt nicht, ob man sagen kann es ist bei allen Mitarbeiter:innen so, das ist natürlich sehr unterschiedlich, aber das ist so der Schlüssel. Menschen etwas zuzutrauen“ (B8, #7).

Insgesamt sei Inklusion eine Gemeinschaftsaufgabe. Inklusion bedeute, „die gesamte Gesellschaft hat sich umgestellt und es gibt keine Randgruppen mehr“ (B8, #25).

4.2.3 Regionales Inklusionskonzept

„Und ich würde mir halt ein regionales Inklusionskonzept [...] wünschen und zwar so, dass man Zugriff zum Beispiel im Internet hat auf Plattformen, wo man wirklich nur Wege findet“ (B9, #22).

Ein *Regionales Inklusionskonzept* wünschen sich alle befragten Personen vom Landkreis Wolfenbüttel zur Umsetzung des ersten kommunalen Handlungsplans Inklusion und differenzieren es aus in die Gründung einer *Steuerungsgruppe*, die Einrichtung einer *Koordination* der Steuerungsgruppe, *Digitalisierung* der Prozesse sowie einer *Konferenz* zur Ergebnispräsentation.

4.2.3.1 Steuerungsgruppe

Eine *Steuerungsgruppe* solle die Arbeit in den Arbeitskreisen zu den fünf Handlungsfeldern koordinieren. Es brauche „Ziele und Maßnahmen“ (B3, #17), die von den Arbeitskreisen erarbeitet und von der Steuerungsgruppe evaluiert werden. In dieser Steuerungsgruppe sollten unbedingt Menschen mit Behinderung sitzen, denn „niemand kann sagen, was Geschädigte wirklich brauchen, niemand kann sagen was Sehbehinderte wirklich sagen. Das können nur die Personen sagen, die wirklich diese Behinderung haben“ (B7, #19). Ergänzend zur Steuerungsgruppe wird auch das Instrument eines Beirats Inklusion genannt, der „verschiedenste Interessensgruppen“ vereint und die inklusive Entwicklung im Landkreis begleitet (B8, #21). In diesem Beirat

„dürfen nicht zu viele Leute sein, aber so acht bis zehn Menschen können das schon sein. Die treffen sich ein oder zweimal im Jahr. Erst werden die Informationen zusammengetragen und dann die nächsten Schritte abgestimmt. Wichtig ist hier in Wolfenbüttel, dass Stadt und Landkreis vertreten ist und dann muss der Behindertenbeirat schon mal rein und dann könnte man überlegen, wer von den Angeboten dabei ist“ (B8, #25).

Jugendamt und Sozialamt sowie das Regionale Landesamt für Schule und Bildung sollten ebenfalls im Beirat vertreten sein. Wichtig sei außerdem, in Zusammenarbeit mit dem Dezernenten für Jugend, Schule und Soziales Meilensteine zu benennen, an die sich die Arbeitskreise in der Ausarbeitung der festgelegten Ziele durch die Steuerungsgruppe und/oder Beirat halten müssen.

4.2.3.2 Koordination

Die Steuerungsgruppe solle darüber hinaus eine Koordination haben, bei der „die Fäden zusammengehalten werden“ (B5, #27):

„Wenn ich Prozesse anstoßen will, dann muss ich einen Verantwortlichen haben. Das kann eine Stabstelle vom Landrat und Bürgermeister sein, halbe Stelle Landrat, halbe Stelle Bürgermeister. Damit wir das gesamte zusammenkriegen und dann habe ich einen Inklusionsbeauftragten und der kriegt dann aber auch Kompetenzen und einen Haushalt und darf dann arbeiten“ (B8, #27).

Es wird betont, dass

„nicht nur eine Person zuständig ist, sondern die Person auch wissen muss, wenn irgendwas ist, wen muss ich fragen. Das heißt im Bereich der Hör- und Sehbehinderung, im Bereich der Mobilitätsbeeinträchtigung und in anderen Bereichen mit Behinderung. Das dann wirklich diese Verfahren zwischen einer und diesen Punkten angesprochen und umgesetzt wird“ (B7, #19).

Ein:e solche:r „Inklusionsmanager:in“ (B8, #28) könne eine ähnliche Funktion wie sogenannte Bildungskordinator:innen übernehmen. „Das ist ja eine Person, [...] deren Hauptaufgabe es ist, Vernetzung vorzunehmen, Netzwerke ins Leben zu rufen und zu pflegen“ (B9, #22). Zur Aufgabe gehöre neben Steuerung und Netzwerkarbeit ebenso die Erstellung eines Leitfadens für die inklusive Arbeit im Landkreis Wolfenbüttel.

4.2.3.3 Digitalisierung

Für die Digitalisierung inklusiver Prozesse im Landkreis Wolfenbüttel wird eine App in Betracht gezogen. Für Apps und andere Online-Plattformen sei indes zu berücksichtigen, dass die Zielgruppe Ü70+ besser über persönliche Ansprache zu erreichen sei. Für den Bereich Schule sei außerdem eine eigene, „dezidiere“ App notwendig (B9, #37).

4.2.3.4 Konferenz

Die Arbeit von Steuerungsgruppe, Koordination und den einzelnen Arbeitskreisen solle nach Einschätzung der befragten Personen (weiterhin) in einer jährlich stattfindenden Konferenz präsentiert werden. Diese Konferenzen müssten so geplant sein, dass sie mit Care-Arbeit vereinbar sind, es wird ein Wochenendtag vorgeschlagen. Optimierungsbedarf zu den vorausgegangenen Fachtagen Inklusion bestünde „ganz klar in Bezug auf leichte Sprache. In Bezug auf

ein barrierefreies Zeitfenster, ein möglichst barrierefreies, sprich eher eine Abendveranstaltung oder eher eine Wochenendveranstaltung“ (B3, #27). Es sei wichtig, dass „wirklich auch alle auch finanziell unabhängig daran teilnehmen können, ohne irgendwie einen Urlaubstag oder Fehlstunden oder so zu bewirken“ (B3, #27). Der Beteiligungswille an einer solchen Veranstaltung sei bei allen Personen, die Barrieren im Alltag erfahren, sehr groß.

Daher müsse sichergestellt sein, dass zu solchen Konferenzen alle eingeladen werden, die sich beteiligen wollen. Darüber hinaus sollen Assistenzleistungen vom Landkreis für solche Veranstaltung erbracht und gegebenenfalls auch mit den Eltern kooperiert werden, die für ihre Kinder mit Behinderung sprechen.

4.2.4 berufliche Herausforderungen

Als *berufliche Herausforderungen* werden *Barrierefreiheit*, *fehlende Informationen* sowie *Herausforderungen* durch die *Klientel* benannt.

4.2.4.1 Barrierefreiheit

„Der ganze Handlungsplan Inklusion ist ja auch in schwerer Sprache. Also da habe ich ganz schön geschluckt und hab auch zu meinem Chef gesagt, Mensch Inklusionskonferenz und dann kriegen wir so ein Pamphlet und der weiß ich nicht 17 Seiten hat in schwerer Sprache? Hätte man auf jeden Fall die Infos in leichter Sprache rausgeben müssen“ (B3, #28).

Die befragten Personen benennen als größte Herausforderung, *Barrierefreiheit* im Landkreis Wolfenbüttel umzusetzen. Der Mangel an der Verwendung von Leichter Sprache wird dabei ebenso kritisiert wie barrierefreies Bauen, bei dem nur für Rollstuhlfahrer:innen geplant werde. Die Barrieren seien vor allem in den Köpfen der Akteur:innen: „Aber anscheinend ist es immer noch eine Barriere für viele ausführende Kräfte mal zu fragen und mal einzugestehen, dass man nicht alles weiß und für jeden und alles sprechen kann“ (B3, #33). Der Austausch dazu solle vom Landkreis aus gefördert werden. Barrierefreiheit entstehe unter anderem dadurch „sozialräumlich“ zu denken (B5, #21). Als ein Beispiel dafür wird genannt, die Infrastruktur in den einzelnen (Samt-)Gemeinden zu verbessern, mangelnde Mobilität sei nicht nur für ältere Menschen in ländlichen Regionen eine Barriere. Die befragten Personen wünschen sich, dass der Landkreis für das Thema Barrierefreiheit sensibilisiert und in Zukunft Differenzierungen vorgenommen werden:

„Denn das Wort barrierefrei sollte nur verwendet werden, wenn es wirklich barrierefrei ist. Ansonsten sollte man wirklich betrachten, dass man expliziert liefert, barrierefrei

für...oder mobilitätsfrei. Wichtig in dem Sinne ist, der Landkreis muss auf Menschen mit Behinderung zugehen“ (B7, #31).

4.2.4.2 fehlende Informationen

Für den Mangel an Barrierefreiheit seien auch *fehlende Informationen* schuld. Von vielen Aktivitäten zur inklusiven Entwicklung im Landkreis Wolfenbüttel erfahre man häufig erst durch die nachträgliche Berichterstattung, so einige der befragten Personen. Außerdem würden Informationen über die Arbeitsschritte der einzelnen Arbeitskreise fehlen. Es fehle insgesamt an „aufsuchender Arbeit“, sowohl für Berater:innen als zu Beratende:

„Wir müssen auch weg von den Sprechzeiten und der:die Bürger:in muss zu uns kommen. Wir wollen weg von diesem typischen Behördencharakter und wollen aufsuchende Arbeit oder Beratung nebenbei. Damit uns diese Hemmschwelle genommen wird und man seine Informationen, die man hat, auch an den:die Bürger:in rankriegt, damit der:die auch weiß, was es für Beratungsangebot und Hilfemöglichkeiten gibt“ (B5, #36).

In der Vergangenheit hätte es immer wieder barrierefreie Veranstaltungen gegeben, „aber wie erfahre ich denn davon? Ich müsste das irgendwie zu hören bekommen oder eben per Brailleschrift irgendwo nachlesen können“ (B9, #14).

4.2.4.3 Klientel

Herausfordernd sei dabei auch die *Klientel*, die verzweifelt Beratung suchen und den Beratern gleichzeitig „dieses Gefühl von, wir machen doch schon so viel und irgendwie sagen alle um uns herum immer noch das reicht nicht“ vermitteln (B9, #10).

4.2.5 Notwendige Ressourcen

„Es braucht aber Zeit, um es durchzusetzen, um Bewusstsein zu schaffen“ (B1, #40).

Unter dieser Kategorie sind alle Nennungen der befragten Personen zu *notwendigen Ressourcen* zur Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel zusammengefasst. Zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Handlungsplan Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel sei es notwendig, „mehr Zeit“ (4 Nennungen) zu investieren. Dafür wird als Lösungsvorschlag benannt, engeren Kontakt mit dem Dezernenten für Schule, Jugend und Soziales des Landkreises Wolfenbüttel zu pflegen. Dieser Informationsaustausch solle verschriftlicht werden, „so dass man im Notfall darauf zurückgreifen kann“ (B2, #30). Offenheit (2 Nennungen) wird sich gegenüber Menschen mit Behinderung sowie Menschen mit Migrationshintergrund und/oder

Fluchtbiographie bei der Mitarbeit in Gremien gewünscht. Dafür sei es abermals notwendig, die Mitbürger:innen zu sensibilisieren – „Sensibilität muss da sein und die Zeit, den Leuten zuzuhören“ (B4, #15). Personal solle in Form von (Schul-)Sozialarbeiter:innen bereit gestellt werden, unter anderem „mit dem Ziel, dort vor Ort [in den unterschiedlichen Sozialräumen inklusive Schulen]sozialarbeiterisch tätig zu sein, für alle Bürger:innen in der Gemeinde“ (B5, #33). Als ein weiterer Wunsch wird ein eigener „Pflegestützpunkt“ (B5, #48) für die Stadt Wolfenbüttel benannt. Der Landkreis solle damit sowie mit einer 5-10 Prozent Quote zur Einstellung von Menschen mit (Schwer-)Behinderung als Leuchtturm-Kommune für inklusive Prozesse Gelder für weitere inklusive Entwicklungsschritte akquirieren. Dazu wird betont: „Wir in Wolfenbüttel sind noch der beste aufgestellte Landkreis, im ganzen regionalen Landesamt. Das darf man nicht vergessen“ (B9, #14). Für die Schulen sowie die Institutionen zur Frühförderung wird sich gleichzeitig gewünscht, dass neben einer Steuerungsgruppe auch verstärkt kleinere Foren initiiert werden. Dort sollen sich Fachkräfte aus allen Bildungsinstitutionen des Landkreises Wolfenbüttel austauschen können. Die befragten Personen benennen ferner die wissenschaftliche Begleitung als notwendige Ressource für inklusive Entwicklungsprozesse.

4.2.6 Reaktionen zum Handlungsplan und Fachtag Inklusion

„Ich persönlich setze immer noch viel auf den Handlungsplan. Ich finde, er ist im Moment noch recht schwammig. Mir fehlen die konkreten Umsetzungsschritte, mir fehlt auch immer noch der Punkt, an dem Menschen mit Behinderung oder Menschen, die einen großen Inklusionsbedarf aus verschiedenen Gründen haben, zum Beispiel Migration, dass die auch mitwirken können und sich auch angesprochen fühlen“ (B3, #15).

Insgesamt sind die Reaktionen zum Handlungsplan und Fachtag Inklusion positiv zur Sache an sich: „Also ich fand das als Auftaktveranstaltung wirklich gut, weil erstmal überhaupt die verschiedenen Gremien ins Gespräch kommen konnten“ (B9, #14). Es wird sich jedoch mehr Transparenz in der Kommunikation zu Zielen und Zeitfenstern zur Umsetzung der Ziele gewünscht. Es gebe zu wenig Möglichkeiten der Bürger:innenbeteiligung. Schwierig sei, dass sowohl der Handlungsplan als auch die beiden Fachtage Inklusion nicht barrierefrei (gewesen) seien. Zudem sei es schwierig gewesen, dass die musikalische Untermalung der beiden Fachtage ausschließlich von Menschen mit Behinderung anstatt von Menschen mit und ohne Behinderung gestellt wurde. Als Lösungsvorschlag zur Weiterarbeit am Handlungsplan wird ein wöchentliches Treffen benannt:

„Wenn wir alles hätten, dann würden wir einen wöchentlichen Austauschabend machen, wo es an irgendeinem Abend unter der Woche oder am Wochenende ein Stündchen gibt, wo man wirklich Inklusion lebt, indem man so ein offenes Sprachforum etabliert. Vielleicht abwechselnd online/offline, wo man sagt Mensch wir bereiten diesen ganzen Handlungsplan Inklusion nochmal auf, in möglichst barrierearm, präsentieren immer Bruchstücke davon und holen uns wirklich nochmal das Wissen und die Erfahrung und die Wünsche der Leute, die das betrifft. Jede Woche bis Dezember nochmal richtig die Sache durcharbeiten, damit am Ende auch nicht nur ein Schreiben bei rauskommt, was dann in der Schublade landet, sondern was richtig richtig toll ist für die Leute, die das betrifft“ (B3, #30).

Es wird hervorgehoben, dass dabei die Mitarbeit von Menschen mit Behinderung gestärkt werden müsse.

4.2.7 Kooperationen

Die befragten Personen, unter anderem aus unterschiedlichen Funktionsbereichen des Landkreises Wolfenbüttel sowie Wohlfahrtsverbänden und Vereinen, benennen als Kooperationen im Rahmen inklusiver Entwicklungen vor allem Behindertenbeiräte unterschiedlicher Städte sowie bundeslandübergreifend (7 Nennungen), dicht gefolgt von der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden (6 Nennungen). Das Jugendamt und das Sozialamt werden als wichtige Kooperationspartner:innen für die inklusive Schulentwicklung benannt. Die Bundesagentur für Arbeit sowie verschiedene Einrichtungen der Behindertenhilfe werden im Kontext beruflicher Rehabilitation als notwendige Kooperationspartner:innen benannt. Deutlich wird, dass für alle befragten Personen die Interessen ihrer eigenen Organisation im Vordergrund stehen und (multi-)professionelle Kooperationen als weniger gewinnbringend thematisiert werden.

5 SWOT-Analyse und Handlungsempfehlungen

5.1 SWOT-Analyse

Eine SWOT-Analyse stellt Stärken (**s**trengths) und Schwächen (**w**eaknesses) des Projekts in Verbindung mit Chancen (**o**pportunities) und Risiken (**t**hreats) für die Weiterarbeit heraus. (z.B. Kotler, Lane Keller & Opresnik, 2017).

Tabelle 2: SWOT-Analyse

	Stärken	Schwächen
Chancen	Den 1. Kommunalen Handlungsplan Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel und die Fachtagung Inklusion weiterentwickeln	Den 1. Kommunalen Handlungsplan Inklusion in Leichter Sprache formulieren und Angebote zur Weiterarbeit barrierefrei zur Verfügung stellen
Risiken	Inklusive Bemühungen im Landkreis Wolfenbüttel einschließlich ihrer wissenschaftlichen Begleitung nicht fortführen und als Leuchtturm-Projekt(e) ausweisen	Unklare Zielsetzungen vermeiden Ausschließliche Beteiligung von großen Vereinen und Verbänden bei inklusiven Entwicklungsschritten vermeiden

5.2 Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die durch die quantitative und qualitative Analyse ermittelte Ausgangssituation zur Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel in Verbindung mit den hier (siehe Seite 10) skizzierten Befunden zu Inklusion aus Forschung und Entwicklung. Die Handlungsempfehlungen geben wieder, welche Veränderungen und Maßnahmen erforderlich sind, um Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel lebendig werden zu lassen. Es wird ein zeitlicher Rahmen empfohlen, in dem die jeweiligen Handlungsempfehlungen erreicht sein sollten. „No-Gos“ beschreiben, was in der Umsetzung der einzelnen Handlungsempfehlungen nicht passieren darf.

Steuerungsgruppe Inklusion initiieren

Eine Steuerungsgruppe Inklusion vereint Vertreter:innen aller im Landkreis Wolfenbüttel verantwortlichen Stellen im Hinblick auf die Umsetzung von Inklusion. Die Steuerungsgruppe ist damit zentrale Kontaktstelle in allen Anliegen hinsichtlich Inklusion. Sie hat die Aufgabe, alle anfallenden Angelegenheiten im Kontext von Inklusion und Diversität zu koordinieren und die Bearbeitung gegebenenfalls an die zuständige externe Stelle, z.B. in die einzelnen Arbeitskreise, zu delegieren. Die Steuerungsgruppe bemüht sich um ein verlässliches Kommunikationsnetz. Die zu leistende Arbeit in der Steuerungsgruppe ist dabei nicht als Ehrenamt zu leisten – die Mitglieder sollten diese Tätigkeit im Rahmen ihrer Arbeitszeit wahrnehmen können. Dafür sind im Vorfeld Absprachen mit den Arbeitgeber:innen zu treffen. Die Steuerungsgruppe Inklusion ist überdies für eine Art Qualitätsmanagement Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel verantwortlich.

Zeitlicher Rahmen

Im ersten Jahr sollte eine solche Steuerungsgruppe vom Landkreis Wolfenbüttel geplant und entwickelt werden.

Im zweiten Jahr soll ein:e Inklusionskoordinator:in benannt und der formale Rahmen für seine:ihre Tätigkeit geschaffen werden. Im zweiten Jahr sollte überdies das erste Treffen der Steuerungsgruppe Inklusion zusammen mit dem:der Inklusionskoordinator:in stattfinden.

No-Gos

Nicht passieren darf, dass die Steuerungsgruppe ihre Aufgaben an den:die Inklusionskoordinator:in abtritt. Es darf außerdem nicht sein, dass in der Steuerungsgruppe ausschließlich Menschen ohne Behinderung vertreten sind. Der:die Inklusionskoordinator:in darf nicht übergangen werden, wenn Fragen, Anliegen etc. von außen an die Steuerungsgruppe herangetragen werden.

Inklusionskoordinator:in benennen

Die befragten Personen, die mit der Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel betraut sind oder ein besonderes Interesse an dieser als Zielgruppenvertreter:innen haben, wünschen sich, dass der Landkreis verbindlich ein:e Inklusionskoordinator:in für den Landkreis Wolfenbüttel benennt und einen formalen Rahmen für diese Tätigkeit schafft. Der:die Inklusionskoordinator:in übernimmt den Vorsitz der Steuerungsgruppe Inklusion. Die Inklusionskoordination ist zentrale Ansprechperson für alle Bürger:innen, vor allem aber für Berater:innen im

Kontext und allen Anliegen hinsichtlich Inklusion. Der:die Inklusionskoordinator:in steht in direktem Austausch mit dem Dezernenten für Schule, Jugend und Soziales und im Bedarfsfall mit dem Regionalen Landeszentrum für Schule und Bildung und weiteren Institutionen der (über-) regionalen Bildungsverwaltung sowie allen internen und externen Kooperationspartner:innen des Landkreises Wolfenbüttel. Über die konkrete Festlegung zu leistender Aufgaben der:des Inklusionskoordinators:in ist eine entsprechende Qualifikation durch den Landkreis festzulegen. Der:die Inklusionskoordinator:in beantwortet organisatorische Fragen und kommuniziert Hilfen, gestaltet die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Vernetzung nach außen.

Zeitlicher Rahmen

Der:die Inklusionskoordinator:in nimmt seine:ihre Arbeit innerhalb des ersten Jahres auf. Im zweiten Jahr findet eine Zusammenführung und die damit verbundene Aufnahme der Koordination der Steuerungsgruppe Inklusion statt.

No-Gos

Es darf nicht passieren, dass der:die Inklusionskoordinator:in die Steuerungsgruppe Inklusion übergeht, ihre Funktion geringschätzt oder Entscheidungen im Alleingang trifft, ohne Rücksprache zu treffen oder zumindest zu informieren.

Interdisziplinäre Kooperationen implementieren

Interdisziplinäre Kooperationen setzen das Vorhandensein und die Zusammenarbeit verschiedener Professionen voraus. Der Landkreis Wolfenbüttel muss Herausforderungen interdisziplinärer Kooperationen in der Steuerungsgruppe und in den einzelnen Arbeitskreisen thematisieren und ein Konzept zur Zusammenarbeit entwickeln. Sowohl in der Steuerungsgruppe als auch in den Arbeitskreisen sollen Vertreter:innen unterschiedlicher Professionen gewinnbringend zusammenarbeiten. Dafür müssen die Zuständigkeiten innerhalb der Organisationen klar definiert und verteilt werden. Kommen verschiedene Professionen mit unterschiedlichen Ausbildungen und Aufgaben zusammen, braucht es die Entwicklung einer gemeinsamen Kultur. Es empfiehlt sich, sowohl in der Steuerungsgruppe als auch in allen fünf Arbeitskreisen die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Teilnehmenden unterschiedlicher Professionen zu eruieren und für die Gruppe gewinnbringend und zielorientiert schriftlich zu formulieren. Die Treffen dieser beiden Gruppen sollen im weiteren Verlauf dann dazu dienen, die vorher festgelegten Ziele immer wieder in den Blick zu nehmen und deren Einhaltung zu verfolgen.

Interdisziplinäre Kooperationen innerhalb der Arbeitskreise könnten von einer Arbeitskreisleitung im Blick behalten werden, die Herausforderungen auch an die Steuerungsgruppe Inklusion kommuniziert. Das Kennenlernen anderer Professionen und die bewusste Auseinandersetzung mit interdisziplinärer Zusammenarbeit bedarf professioneller Unterstützung (Lütjcklose & Urban, 2014), die vom Landkreis gestellt werden soll. Dazu zählt zum Beispiel auch die Unterstützung in der Rollenfindung der Arbeitskreise (siehe S. 14).

Zeitlicher Rahmen

Im ersten Jahr sollen feste und regelmäßige Sitzungen der Steuerungsgruppe und der einzelnen Arbeitskreise etabliert werden. Die Arbeitskreise sollen sich zunächst mit der konzeptuellen Arbeit zu interdisziplinärer Kooperation auseinandersetzen. Ein Fokus liegt dabei auf der Rollenklärung zwischen den Professionen. Im zweiten Jahr sollen die Ergebnisse der Arbeitskreise der Steuerungsgruppe verschriftlicht vorliegen.

No-Gos

Es darf nicht passieren, dass die Beteiligten unterschiedliche Verantwortung tragen und die Kooperation losgelöst von einem gemeinsamen Ziel erfolgt.

Der Wille zur Kooperation muss aus dem Team herauskommen, es dürfen keine Personen zur Mitarbeit verpflichtet oder ausgeschlossen werden.

Es kann hilfreich sein, den Arbeitskreisen eine oder mehrere Anleitungspersonen zur Verfügung zu stellen, die entsprechend für diese Aufgabe ausgebildet bzw. geschult sein sollen.

Sensibilisierung zum Thema Inklusion

Es gilt, allen Bürger:innen des Landkreises zu vermitteln, dass Inklusion einen wesentlichen Beitrag zu gesellschaftlicher Gleichberechtigung leistet und mit der UN-Behindertenrechtskonvention zum Menschenrecht und damit zur globalen Norm geworden ist. Es geht darum, Menschen aus sogenannten marginalisierten, das heißt benachteiligten, Lebenslagen mehr Teilhabe zu ermöglichen. Die Umsetzung von Inklusion ist eine gemeinsame Aufgabe, die von allen Akteur:innen bewältigt werden kann, jedoch zusätzliche Kompetenzen erfordert. Dafür sind die Bürger:innen zunächst zu sensibilisieren. Dem Landkreis kommt dabei die Funktion zu, zu vermitteln, dass neben eigenen berechtigten Ansprüchen und Interessen der einzelnen Arbeitskreise es auch die Ansprüche und Bedürfnisse anderer Gruppen gibt. Hier einen fairen und transparenten Ausgleich zu schaffen, um dann ein gemeinsames großes Ziel zu erreichen, ist die hohe Kunst der Führung in diesem Prozess.

Eine jährlich stattfindende Inklusionskonferenz des Landkreises Wolfenbüttel soll daher nicht nur der Ergebnispräsentation aus Arbeitskreisen und Steuerungsgruppe dienen, sondern gleichzeitig Sensibilisierungsworkshops offerieren.

Zeitlicher Rahmen

Die erste Inklusionskonferenz des Landkreises Wolfenbüttel ist ein Jahr nach Implementierung der Steuerungsgruppe zu veranstalten.

No-Gos

Die Inklusionskonferenz darf nicht losgelöst von Steuerungsgruppe, Arbeitskreisen und Inklusionskoordination organisiert werden.

Es darf nicht passieren, dass Mitarbeiter:innen des Landkreises Wolfenbüttel in der Kommunikation eine ablehnende Haltung oder negative Konnotation gegenüber Inklusion vertreten.

Es braucht Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit.

Inklusionsaudit Barrierefreiheit

Der Landkreis Wolfenbüttel ist dafür verantwortlich, dass Inklusion in sieben Mitgliedsgemeinden einschließlich der Kreisstadt umgesetzt wird. Diversität jeglicher Art erfordert ein hohes Maß an Koordination und Kooperation, die zeitlich und räumlich nicht in den althergebrachten Rahmen stattfinden können, und sie benötigt Wissen über neue Handlungsoptionen. Beides darf nicht nur zu Anfang, sondern muss dauerhaft zur Verfügung stehen. Sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Analyse ist deutlich geworden, dass im Landkreis Wolfenbüttel vor allem Veränderung im Bereich Mobilität und Barrierefreiheit erforderlich ist. Ein Inklusionsaudit soll mit professioneller Begleitung in einem sich wiederholenden Zeitfenster überprüfen, ob die in den einzelnen Arbeitskreisen erarbeiteten Maßnahmen zur Umsetzung finden. Besondere Berücksichtigung sollen dabei die Querschnittsthemen Mobilität und Barrierefreiheit erfahren. Für diese beiden Bereiche ist auch eine Überprüfung in den einzelnen (Samt-)Gemeinden angebracht.

Zeitlicher Rahmen

Das Inklusionsaudit soll ein Jahr nach Implementierung der Steuerungsgruppe Inklusion erstmalig und dann jährlich durchgeführt werden.

No-Gos

Es darf nicht passieren, dass der Auditprozess ausschließlich von Mitarbeiter:innen des Landkreises Wolfenbüttel stattfindet, es braucht ein externes Audit mit professioneller und eventuell wissenschaftlicher Begleitung.

6 Fazit

Mit der Prozessevaluierung mit Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel kann die Abstraktheit und Generalität der im Handlungsplan beschriebenen Maßnahmen soweit heruntergebrochen werden, dass erste Arbeitsergebnisse erzielt werden konnten und der weitere Forschungsbedarf erkennbar wird.

Ziel muss sein, eine landkreisübergreifende **Steuerungsgruppe Inklusion** zu initiieren. Daraus entstehen weitere, hier beschriebene vorbereitende Schritte zur Angleichung der Teilhabemöglichkeiten aller Bürger:innen im Landkreis Wolfenbüttel. Zur Etablierung entsprechender Strukturen bedarf es weiterhin einer unterstützenden **wissenschaftlichen Begleitforschung**.

Der erste Kommunale Handlungsplan Inklusion zeigt das Zielbild eines inklusiven Landkreises auf. Neben der geäußerten Zufriedenheit der befragten Expert:innen über die inklusiven Entwicklungen im Landkreis, bedarf es zur Zielerfüllung die Umsetzung des benannten Bedarfs an **interdisziplinärer Kooperation** auf verschiedenen Ebenen und über den Landkreis hinaus. Voraussetzung dafür sind eine **Sensibilisierung zum Thema Inklusion** aller Bürger:innen und die stetige Überprüfung von jeglicher Barrierefreiheit mithilfe eines **Inklusionsaudits**.

Mit der Umsetzung der ausgesprochenen Handlungsempfehlungen kann der Landkreis viele barrierefreie Zugänge zu Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben für alle Bürger:innen zufriedenstellend leisten.

7 Literaturverzeichnis

- Aktion Mensch (2011): Kampagne „Inklusion für eine buntere Gesellschaft“. Bonn.
- Bentele, Katrin (2013): „Menschenrechte und Ethik: Überlegungen zur Inklusion von Menschen mit einer Hörschädigung“. In: Hintermair, Manfred (Hrsg.) (2013): Inklusion und Hörschädigung: Diskurse über das Dazugehören und Ausgeschlossenensein im Kontext besonderer Wahrnehmungsbedingungen. Heidelberg: Median-Verl. von Killisch-Horn. S. 13–28.
- Bergold, J. & Thomas, S. (2020). Partizipative Forschung. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.), Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie (Bd. 16, S. 1–21). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bintinger, G. & Wilhelm, M. (2001). Inklusiven Unterricht gestalten. Creating Inclusive Education. Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft, (2), 41–60.
- Cloerkes, G. (2007). Soziologie der Behinderten. Eine Einführung. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Cohen, L., Manion, L. & Morrison, K. (2018). Research methods in education (8. Aufl.). London, England, New York, New York: Routledge.
- Dalin, P. (1999). Theorie und Praxis der Schulentwicklung. Neuwied: Luchterhand.
- Degener, Theresia (2009): „Die UN-Behindertenrechtskonvention als Inklusionsmotor“. In: RdJB, Nr. 2, S. 200–219.
- Helfferrich, C. (2014). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (S. 669–686). Wiesbaden: Springer VS.
- Kelle, U. (2014). Mixed Methods. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (S. 153–166). Wiesbaden: Springer VS.
- Kotler, P., Keller, K. L. und Opresnik, M. O. (152017). Marketing-Management: Konzepte – Instrumente – Unternehmensfallstudien. Hallbergmoos: Pearson.
- Krebsbach-Gnath, C. (1992). Wandel und Widerstand. In C. Krebsbach-Gnath (Hrsg.), Den Wandel in Unternehmen steuern. Faktoren für erfolgreiches Change-Management (S. 37-55). Frankfurt a.M.: FAZ-Verlag.
- Kruse, J. (2021). Bürger an die Macht. Stuttgart: Kohlhammer.

- Kunz, A., Luder, R. & Moretti, M. (2010). Die Messung von Einstellungen zur Integration (EZI). *Empirische Sonderpädagogik*, 2 (3), 83-94.
- Lamnek, S. (2005). *Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch* (4. Aufl.). Weinheim, Basel: Beltz.
- Lütje-Klose, B. & Urban, M. (2014). Professionelle Kooperation als wesentliche Bedingung inklusiver Schul- und Unterrichtsentwicklung. Teil 1: Grundlagen und Modelle inklusiver Kooperation. *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete*, 83 (2), 112-123.
- Markowetz, R. (2011). Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen – soziologische Zugänge. In J. Eurich & A. Lob-Hüdepohl (Hrsg.), *Inklusive Kirche* (S. 23-49). Stuttgart: Kohlhammer.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (12., überarbeitete Aufl.). Weinheim: Beltz.
- Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft (2011): *Inklusion vor Ort: Der Kommunale Index für Inklusion - ein Praxishandbuch*. Berlin: Eigenverl. des Dt. Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge.
- Nanz, P. & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung*. Bonn: CPI book.
- Oh, D., Shafir, E. & Todorov, A. (2020). Economic status cues from clothes affect perceived competence from faces. *Nature Human Behaviour*, 4(3), 287–293. (<https://doi.org/10.1038/s41562-019-0782-4>)
- Powell, J. J. (2018). Inclusive Education: Entwicklungen im inklusiven Vergleich. In T. Sturm & M. Wagner-Willi (Hrsg.), *Handbuch schulische Inklusion* (S. 127–141). Opladen: Barbara Budrich.
- Powell, M. & Kleinman, D.L. (2008). Building Citizen Capacities for Participation in Nanotechnology Decision-Making: the Democratic Virtues of the Consensus Conference Model: *Public Understanding of Science*, 17, 2008, S. 329-348.
- Sander, Alfred (2004): „Inklusive Pädagogik verwirklichen“. In: Schnell, Irmtraud/ Sander, Alfred (Hrsg.) (2004): *Inklusive Pädagogik*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 11–22.
- Schwalb, H. & Theunissen, G. (Hrsg.). (2018). *Inklusion, Partizipation und Empowerment in der Behindertenarbeit. Best-Practice-Beispiele: Wohnen, Leben, Arbeit, Freizeit* (3., aktualisierte Aufl.). Stuttgart: Kohlhammer.
- Shih, T.-H. & Fan, X. (2008) Comparing response rates from web and mail surveys: A meta-analysis. *Field Methods*, 20 (3), 249-271.

Speck, Otto (2010): Schulische Inklusion aus heilpädagogischer Sicht: Rhetorik und Realität. München: Ernst Reinhardt.

Tomaševski, K. (2004). Manual on rights-based education. Global human rights requirements made simple. Bangkok: UNESCO.

Unger, H. v. (2014). Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS.

Urhahne, D., Timm, O., Zhu, M. & Tang, M. (2013). Sind unterschätzte Schüler weniger leistungsmotiviert als überschätzte Schüler? Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 45(1), 34–43. <https://doi.org/10.1026/0049-8637/a000079>

VIII Anhang

VIII.I Gesprächsleitfaden für Schlüsselinterviews mit den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung („Expert:innen“)

1. Einführung und Begrüßung
2. Thematik: Inklusion
 - a. Wie sind die Schnittstellen Ihrer beruflichen Tätigkeit mit dem Thema Inklusion?
 - b. Welche Haltung haben Sie zum Thema Inklusion aufgrund Ihrer persönlichen und beruflichen Erfahrungen?
 - c. Welchen Stellenwert bemessen Sie den Themen Inklusion und Kommunalen Handlungsplan Inklusion in der Politik, Verwaltung und Bürgerschaft?
 - d. Wie bewerten Sie die Entwicklung seit dem Ratsbeschluss von 2018 zur Erstellung des Kommunalen Handlungsplans Inklusion?
 - e. Was sind Ihre Erwartungen an den Kommunalen Handlungsplan Inklusion?
3. Bürger:innenbeteiligung
 - f. Wie beurteilen Sie die Planung und Umsetzung des Auftakt-Workshops hinsichtlich der Thematik Inklusion sowie die Weiterarbeit in den Arbeitskreisen?
 - g. Welche Art von Ergebnissen konnte der Landkreis Wolfenbüttel durch die Beteiligung von Bürger:innen gewinnen?
 - h. Inwiefern haben der Inklusionsworkshop und der Arbeitskreis Ihren Erwartungen entsprochen?
 - i. Wie konnten die Bürger:innenbelange berücksichtigt werden?
 - j. Welche Wirkungen haben sich aus der bisherigen Beteiligung der Bürger:innen ergeben?
 - k. Wo liegen für Sie die wesentlichen Stärken und Schwächen in der Bürger:innenbeteiligung?
 - l. Welche Chancen sehen Sie in der Bürger:innenbeteiligung?

- m. In welchen Bereichen stößt der Landkreis Wolfenbüttel bei der Aufnahme und Erfüllung der Anforderungen der Bürger:innen an seine Grenzen? Aus welchen Gründen?
 - n. Wo sehen Sie im Bürger:innenbeteiligungsverfahren noch Optimierungsbedarf?
 - o. Wie bewerten Sie den Erfolg ihrer Arbeit? Beziehen Sie sich dabei auf Bewertungskriterien? Wenn ja, auf welche?
4. Abschluss, Ausblick und Verabschiedung
- p. Wie gehen Sie mit den gewonnenen Erkenntnissen und Anregungen um?
 - q. Welche zukünftigen Herausforderungen sehen Sie für den Kommunalen Handlungsplan Inklusion?
 - r. Haben Sie noch weitere Anmerkungen oder möchten Sie noch etwas hervorheben, was wir noch nicht besprochen haben?

VIII.II Befragung zur Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel

Befragung zur Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel

Sehr geehrte Damen und Herren,

derzeit arbeiten der Landkreis Wolfenbüttel und das Zentrum für gesellschaftliche Innovation (ZEGI) der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften in einem Evaluationsprojekt zusammen. Evaluert wird die Umsetzung des 1. Kommunalen Handlungsplans Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel.

Ziel dieser Umfrage ist es, den Ist-Zustand durch Ihre Arbeit und Erfahrungen zu erheben sowie Verbesserungsvorschläge zu sammeln.

Dazu wird der Einführungsvortrag zur Umsetzung des 1. Kommunalen Handlungsplans Inklusion von Herrn Bernd Retzki aufgegriffen.

Diese Umfrage wird nicht länger als 20 Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen.

Wir bedanken uns für Ihre Teilnahme!

In dieser Umfrage sind 45 Fragen enthalten.

ZU BEGINN bitten wir Sie um einige Angaben zu Ihrer Person.

Geschlecht *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- weiblich
 männlich
 divers

Alter

● In dieses Feld dürfen nur Zahlen eingegeben werden.
Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

Welchen Beruf üben Sie aus?

Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

Wie viele Jahre Berufserfahrung haben Sie?

● In dieses Feld dürfen nur Zahlen eingegeben werden.
Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

IHRE ARBEIT.

Im Rahmen Ihrer Arbeit bekommen Sie viele Informationen zum Thema Inklusion. Wie schätzen Sie Ihre Kenntnisse zum Thema Inklusion ein?

Bitte beantworten Sie die nachfolgenden Fragen.

Aufgrund der bisherigen Informationen des Landkreises Wolfenbüttel kann ich wichtige Begriffe/Sachverhalte zum Thema Inklusion wiedergeben. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

Aufgrund des Vortrags von Herrn Retzki kann ich einen Überblick über das Thema Inklusion geben. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

Die Ziele des 1. Kommunalen Handlungsplans Inklusion sind deutlich. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

Die Art, wie die Umsetzung des 1. Kommunalen Handlungsplans gestaltet ist, trägt zum Verständnis des Inhalts bei. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

Die bisherigen Informationen des Landkreises Wolfenbüttel zum Thema Inklusion haben mich zum Mitdenken angeregt. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

Im Vortrag von Herrn Retzki habe ich Inhalte zum Thema Inklusion gelernt, die mich begeistern. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

Jetzt finde ich das Thema Inklusion interessanter als ohne den Vortrag von Herrn Retzki zum 1. Kommunalen Handlungsplan.

*

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

IHRE ERFAHRUNGEN.

Uns interessiert auch, welche Erfahrungen Sie mit Inklusion in der Kommune machen. Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen.

Je mehr Zeit Menschen mit Behinderung in Gesellschaft mit Menschen ohne Behinderung verbringen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich die Qualität ihrer Teilhabe verbessert. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Wenn Menschen mit Behinderung an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens uneingeschränkt teilhaben, wiegen die Vorteile für alle Menschen mit und ohne Behinderung die möglichen Umsetzungsschwierigkeiten mehr als auf. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Laut Forschung ist es möglich, die meisten Veranstaltungen und Informationen einer Kommune anzupassen, um besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung gerecht zu werden. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Viele Eltern von Kindern mit einer Behinderung sind der Meinung, dass ihre Kinder in einer Regelschule ohne Fördermaßnahmen nicht die Unterstützung erhalten, die sie eigentlich bräuchten. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Kanadische Forscher:innen sagen, wenn Menschen mit Behinderung die meiste Zeit in Gesellschaft mit Menschen ohne Behinderung verbringen würden, dann würden sie Freund:innen unter den Menschen ohne Behinderung finden. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Fachverbände sagen voraus, dass die Qualität einer Kommune besser wird, wenn Menschen mit Behinderung vollständig integriert sind. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Je mehr Zeit Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam verbringen, desto eher werden Menschen mit Behinderung gut behandelt. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
- Stimme zu
- Stimme eher zu
- Stimme kaum zu
- Stimme gar nicht zu

UNSERE KOMMUNE.

Eine Kommune gilt als inklusiver Wohn- und Lebensort. Uns interessiert, wie Sie persönlich Inklusion in Ihrer Kommune erleben.

In meiner Kommune werden alle Menschen als gleichberechtigte Bürger:innen angesehen und akzeptiert. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune werden Unterschiedlichkeit und Vielfalt positiv erlebt. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune fällt es anderen Menschen auf, wenn Personengruppen beabsichtigt oder unbeabsichtigt ausgegrenzt werden. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune wird die kulturelle Identität aller Menschen anerkannt, nicht nur die von z.B. ausgewählten weißen oder europäisch geprägten ethnischen Minderheiten. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Unterstützungsangebote für Menschen mit spezifischem Bedarf, adäquaten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:
Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es ausreichend barrierefreien Zugang zu öffentlichen Parks, Grünflächen, Spiel- und Sportplätzen.. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Aktivitäten, die das Gemeinschaftsgefühl der Menschen unterstützen. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind allen Menschen Anlaufstellen bekannt, an die sie sich wenden können, wenn sie in persönliche, soziale oder anders bedingte Krisen und Notlagen geraten. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind Wege und Straßen für alle Menschen nutzbar, z.B. zu Fuß, mit dem Fahrrad, Rollstuhl, Kinderwagen, Rollator etc. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune ist der Nahverkehr für alle barrierefrei zugänglich. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind die wichtigsten Informationen zum Leben, Wohnen und Arbeiten für alle Menschen zugänglich, auch in anderen Sprachen, Gebärdensprache und Blindenschrift. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune wird Menschen selbstverständlich Unterstützung angeboten, die aufgrund von Sprache, Herkunft, sozialem Status etc. Angebote nicht nutzen können. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune können alle ihre Meinungen und Kompetenzen einbringen und werden ernst genommen. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Informationen und Auskunftsstellen zu Bildungsangeboten, die für alle zugänglich sind. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune fühlen sich Eltern aus allen Familien, unabhängig von Herkunft, Familiensprache oder sozialem Status, von den Bildungsorganisationen gleich gut angesprochen. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune hat das Thema Arbeit und Beschäftigung einen hohen Stellenwert. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Initiativen, Angebote und Unterstützung für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune sind Informationen für Arbeitssuchende zentral zugänglich und in mehreren Sprachen verfügbar. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune können Arbeitssuchende bei Bedarf Unterstützungsangebote für Bewerbungen, Recherche etc. wahrnehmen. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune ist es selbstverständlich, dass öffentliche Angebote von allen Menschen genutzt werden können. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune spiegelt das Angebot an kulturellen Veranstaltungen die Vielfalt der in der Kommune lebenden Bevölkerungsgruppen wieder. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune werden Beteiligungsverfahren für Bürger:innen wie z.B. Runde Tische als Instrumente der politischen Willensbildung diskutiert, angewendet und deren Ergebnisse ernst genommen. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind wesentliche Informationen, Vorlagen, Ratsentscheidungen und -protokolle zeitnah zugänglich und verständlich. *

*

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es spezielle Anlaufstellen und Ansprechpartner:innen für Menschen mit Behinderung. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es spezielle Anlaufstellen und Ansprechpartner:innen für Kinder und Jugendliche. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune sind Ansprechpartner:innen, Durchwahlnummern und E-Mail-Adressen wichtiger Anlaufstellen öffentlich zugänglich, z.B. im Internet. *

● Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

ZUM SCHLUSS möchten wir Sie bitten, folgenden Satz zu beenden:

Damit Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel gelingt, braucht es...

*

Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

Vielen Dank für Ihre Teilnahme an dieser Befragung. Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an Adina Küchler-Hendricks unter a.kuechler-hendricks@ostfalia.de.
25.08.2021 – 12:25

Übermittlung Ihres ausgefüllten Fragebogens:
Vielen Dank für die Beantwortung des Fragebogens.

VIII.III Fragebogen zur Umsetzung von Inklusion in den (Samt-)Gemeinden des Landkreises Wolfenbüttel

Fragebogen zur Umsetzung von Inklusion in den (Samt-)Gemeinden des Landkreises Wolfenbüttel

Sehr geehrte Damen und Herren - liebe Bürgermeister,

derzeit arbeiten der Landkreis Wolfenbüttel und das Zentrum für gesellschaftliche Innovation (ZEGI) der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften in einem Evaluationsprojekt zusammen. Evaluieren wird die Umsetzung des 1. Kommunalen Handlungsplan Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel.

Ziel dieser Umfrage ist es, den Ist-Zustand durch Ihre Arbeit und Erfahrungen zu erheben sowie Verbesserungsvorschläge zu sammeln.

Diese Umfrage wird nicht länger als 10 Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen.

Wir bedanken uns für Ihre Teilnahme!

In dieser Umfrage sind 38 Fragen enthalten.

ZU BEGINN bitten wir Sie um einige Angaben zu Ihrer Person.

Geschlecht *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- weiblich
 männlich
 divers

Alter

Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

In welcher (Samt-)Gemeinde arbeiten Sie?

Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

Wie viele Jahre Berufserfahrung haben Sie?

Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

IHRE ERFAHRUNGEN.

Uns interessiert auch, welche Erfahrungen Sie mit Inklusion in der Kommune machen. Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen im Hinblick darauf, ob sie auch in Ihrer (Samt-) Gemeinde zutreffen.

Je mehr Zeit Menschen mit Behinderung in Gesellschaft mit Menschen ohne Behinderung verbringen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich die Qualität ihrer Teilhabe verbessert. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Wenn Menschen mit Behinderung an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens uneingeschränkt teilhaben, wiegen die Vorteile für alle Menschen mit und ohne Behinderung die möglichen Umsetzungsschwierigkeiten mehr als auf. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
 Stimme zu
 Stimme eher zu
 Stimme kaum zu
 Stimme gar nicht zu

Laut Forschung ist es möglich, die meisten Veranstaltungen und Informationen einer Kommune anzupassen, um besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung gerecht zu werden. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
- Stimme zu
- Stimme eher zu
- Stimme kaum zu
- Stimme gar nicht zu

Viele Eltern von Kindern mit einer Behinderung sind der Meinung, dass ihre Kinder in einer Regelschule ohne Fördermaßnahmen nicht die Unterstützung erhalten, die sie eigentlich bräuchten. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
- Stimme zu
- Stimme eher zu
- Stimme kaum zu
- Stimme gar nicht zu

Kanadische Forscher:innen sagen, wenn Menschen mit Behinderung die meiste Zeit in Gesellschaft mit Menschen ohne Behinderung verbringen würden, dann würden sie Freund:innen unter den Menschen ohne Behinderung finden. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
- Stimme zu
- Stimme eher zu
- Stimme kaum zu
- Stimme gar nicht zu

Fachverbände sagen voraus, dass die Qualität einer Kommune besser wird, wenn Menschen mit Behinderung vollständig integriert sind. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
- Stimme zu
- Stimme eher zu
- Stimme kaum zu
- Stimme gar nicht zu

Je mehr Zeit Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam verbringen, desto eher werden Menschen mit Behinderung gut behandelt. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Stimme ganz genau zu
- Stimme zu
- Stimme eher zu
- Stimme kaum zu
- Stimme gar nicht zu

UNSERE KOMMUNE.

Eine Kommune gilt als inklusiver Wohn- und Lebensort. Uns interessiert, wie Sie persönlich Inklusion in Ihrer Kommune erleben.

In meiner Kommune werden alle Menschen als gleichberechtigte Bürger:innen angesehen und akzeptiert. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune werden Unterschiedlichkeit und Vielfalt positiv erlebt. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune fällt es anderen Menschen auf, wenn Personengruppen beabsichtigt oder unbeabsichtigt ausgegrenzt werden. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune wird die kulturelle Identität aller Menschen anerkannt, nicht nur die von z.B. ausgewählten weißen oder europäisch geprägten ethnischen Minderheiten. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Unterstützungsangebote für Menschen mit spezifischem Bedarf, adäquaten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es ausreichend barrierefreien Zugang zu öffentlichen Parks, Grünflächen, Spiel- und Sportplätzen. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Aktivitäten, die das Gemeinschaftsgefühl der Menschen unterstützen. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
 trifft eher zu
 teils, teils
 trifft eher nicht zu
 trifft nicht zu

In meiner Kommune sind allen Menschen Anlaufstellen bekannt, an die sie sich wenden können, wenn sie in persönliche, soziale oder anders bedingte Krisen und Notlagen geraten. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind Wege und Straßen für alle Menschen nutzbar, z.B. zu Fuß, mit dem Fahrrad, Rollstuhl, Kinderwagen, Rollator etc. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune ist der Nahverkehr für alle barrierefrei zugänglich. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind die wichtigsten Informationen zum Leben, Wohnen und Arbeiten für alle Menschen zugänglich, auch in anderen Sprachen, Gebärdensprache und Blindenschrift. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune wird Menschen selbstverständlich Unterstützung angeboten, die aufgrund von Sprache, Herkunft, sozialem Status etc. Angebote nicht nutzen können. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune können alle ihre Meinungen und Kompetenzen einbringen und werden ernst genommen. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Informationen und Auskunftsstellen zu Bildungsangeboten, die für alle zugänglich sind. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune fühlen sich Eltern aus allen Familien, unabhängig von Herkunft, Familiensprache oder sozialem Status, von den Bildungsorganisationen gleich gut angesprochen. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune hat das Thema Arbeit und Beschäftigung einen hohen Stellenwert. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es Initiativen, Angebote und Unterstützung für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind Informationen für Arbeitssuchende zentral zugänglich und in mehreren Sprachen verfügbar. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune können Arbeitssuchende bei Bedarf Unterstützungsangebote für Bewerbungen, Recherche etc. wahrnehmen. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune ist es selbstverständlich, dass öffentliche Angebote von allen Menschen genutzt werden können. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune spiegelt das Angebot an kulturellen Veranstaltungen die Vielfalt der in der Kommune lebenden Bevölkerungsgruppen wieder. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune werden Beteiligungsverfahren für Bürger:innen wie z.B. Runde Tische als Instrumente der politischen Willensbildung diskutiert, angewendet und deren Ergebnisse ernst genommen. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind wesentliche Informationen, Vorlagen, Ratsentscheidungen und -protokolle zeitnah zugänglich und verständlich. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es spezielle Anlaufstellen und Ansprechpartner:innen für Menschen mit Behinderung. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune gibt es spezielle Anlaufstellen und Ansprechpartner:innen für Kinder und Jugendliche. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

In meiner Kommune sind Ansprechpartner:innen, Durchwahlnummern und E-Mail-Adressen wichtiger Anlaufstellen öffentlich zugänglich, z.B. im Internet. *

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- trifft voll zu
- trifft eher zu
- teils, teils
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu

ZUM SCHLUSS möchten wir Sie bitten, folgenden Satz zu beenden:

Ich wünsche mir vom Landkreis zum Thema Inklusion für meine (Samt-)Gemeinde, dass...

*

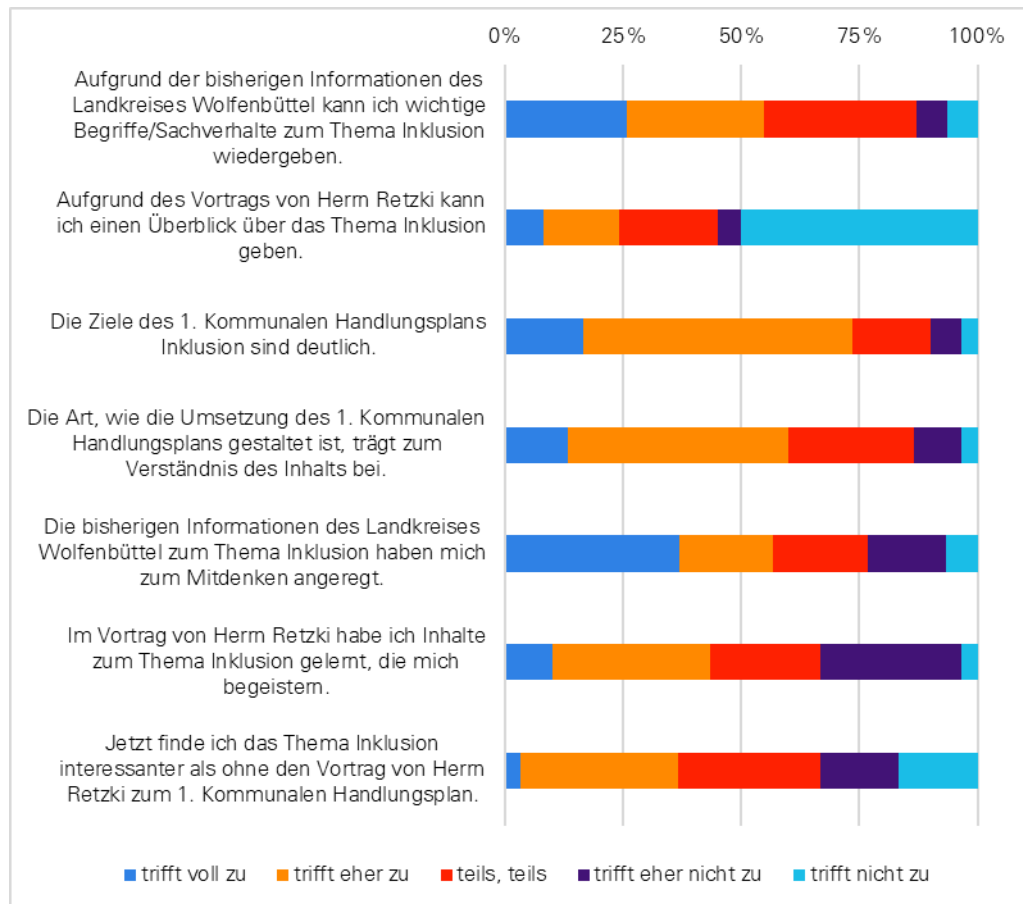
Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

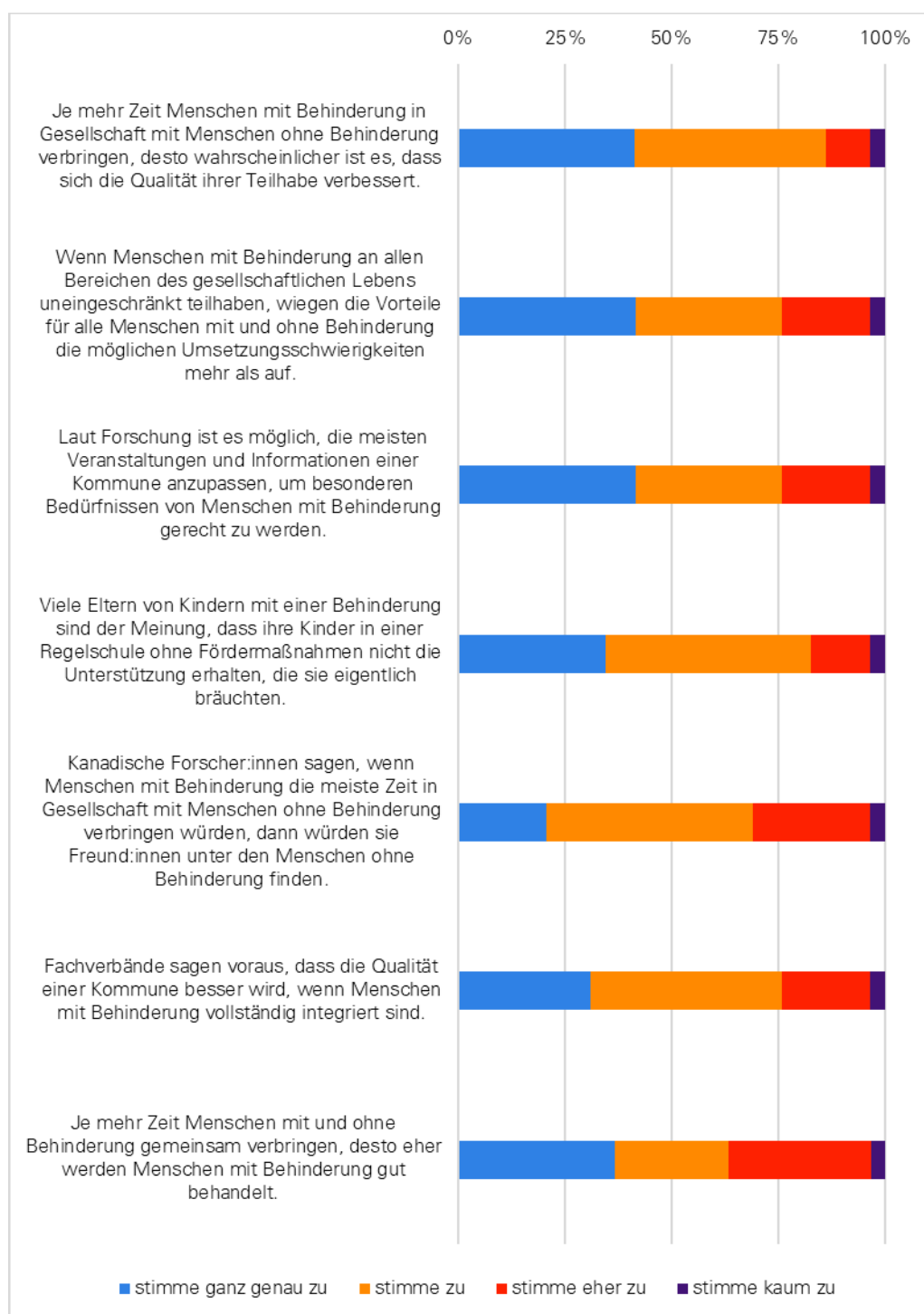
Vielen Dank für Ihre Teilnahme an dieser Befragung. Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an Adina Küchler-Hendricks unter a.kuechler-hendricks@ostfalia.de.
01.11.2021 – 10:38

Übermittlung Ihres ausgefüllten Fragebogens:
Vielen Dank für die Beantwortung des Fragebogens.

VIII.IV Ergebnisse zur Befragung zur Umsetzung von Inklusion im Landkreis Wolfenbüttel

Ergebnisse zum Abschnitt *Ihre Arbeit*



Ergebnisse zum Abschnitt *Ihre Erfahrungen*

Ergebnisse zum Abschnitt *Unsere Kommune*